

Beschluss (vorläufig) B – Was Gerechtigkeit schützt

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 25.11.2023
Tagesordnungspunkt: EP-G Was Gerechtigkeit schützt

Antragstext

- 1 Inflation mit steigenden Lebenshaltungskosten, Pandemie, Krieg und zunehmende
Wetterextreme
- 2 haben viele Menschen in ganz Europa vor große Herausforderungen gestellt. Viele
Menschen
- 3 mussten wegen der gestiegenen Lebenshaltungskosten schmerzhaft Einschnitte
hinnehmen. Für
- 4 viele Selbstständige und kleine Betriebe ist die Existenzgrundlage weggebrochen. Und
bis
- 5 weit in die Mitte der Gesellschaft hinein sorgen gestiegene Lebenshaltungskosten für
akute,
- 6 bisweilen gar existenzielle Nöte.
- 7 Zugleich hat die Krisenbewältigung der letzten Jahre gezeigt, was alles möglich ist,
wenn
- 8 wir zusammenstehen – in Deutschland und Europa.
- 9 Menschen sehnen sich in diesen Zeiten der Krise nach Stabilität und Zusammenhalt.
Europa
- 10 bietet darauf die Antwort. Die europäische Einigung hat den Lebensstandard von
Millionen von
- 11 Menschen angehoben und mehr soziale Sicherheit gebracht. Wir sind überzeugt: Die
Menschen in
- 12 Europa müssen sich gerade in Krisenzeiten auf einen starken Sozialstaat verlassen
können,
- 13 der wirksam vor Armut und sozialer Ausgrenzung schützt.
- 14 Die Europäische Union (EU) kann einen Schutzraum bieten, der die sozialen Rechte
grenzüberschreitend und für die gesamte Breite der Gesellschaft sichert. Die EU kann
15 zugleich für die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sorgen, die gerechten
16 Wohlstand
- 17 ermöglichen. Ein Wohlstand, der insbesondere insbesondere bei denen ankommen
muss, die ihn
- 18 erarbeiten. Ein Wohlstand für die Vielen. Indem wir europaweit die Infrastruktur für
19 klimaneutrales Wirtschaften bauen, erzeugen wir Wertschöpfung, erhalten und
schaffen gute
- 20 Jobs für Millionen von Menschen: Wirtschaftliche und soziale Infrastruktur gehen Hand
in
- 21 Hand und bedingen einander.
- 22 Das starke und gerechte Europa, das wir gestalten wollen, zielt im Kern auf den Schutz
jeder
- 23 und jedes Einzelnen, auf den Respekt vor der Leistung aller. Es schützt die Rechte der
24 Arbeitnehmer*innen gegen Ausbeutung. Es achtet die Würde von Renter*innen und
Erwerbslosen.

25 Es reduziert Ungleichheit. Es sichert den Anspruch der Bürger*innen auf wirksame
Medikamente
26 und den Zugang zu hochwertiger und inklusiver Gesundheitsversorgung. Es sorgt
dafür, dass
27 Verbraucher*innen ihre Ansprüche durchsetzen können. Es trägt dazu bei, dass
Familien und
28 alte Menschen besser abgesichert sind, Kinder eine gute Zukunft haben und ältere
Menschen
29 aktiv an der Gesellschaft teilhaben. Es ermöglicht jungen Menschen, neue Erfahrungen
zu
30 machen.

31 Europa ist mehr als ein Wirtschaftsraum. Die Europäische ist auch eine soziale Union,
die
32 sich dem sozialen Fortschritt verschrieben hat. Das Versprechen von einem Leben in
Würde und
33 Freiheit, von guten Arbeits- und Lebensbedingungen, von gleichen Chancen und einem
Auskommen
34 ohne Armut, Ausgrenzung oder Diskriminierung zeichnet Europa aus – ein
35 Gerechtigkeitsversprechen an die Breite der Gesellschaft.

36 Wir setzen uns dafür ein, dass dieses Versprechen nun auch überall eingelöst wird.
Dafür
37 wollen wir die soziale Dimension der EU weiter stärken. Wir wollen die Bedingungen
dafür
38 verbessern, dass alle Europäer*innen noch einfacher und sicherer überall in der Union
leben
39 und arbeiten können. So wird soziale Sicherheit zu einem Mehr an Freiheit.

40 Dazu wollen wir ein Europa, das verbindliche Standards setzt – für faire Löhne und
starke
41 Gewerkschaften, gegen Willkür und Ausbeutung. Davon profitieren letztlich alle in der
EU,
42 egal ob in wohlhabenden oder ärmeren Regionen. So ergänzt die soziale Infrastruktur
die
43 wirtschaftliche; so erfüllen wir den europäischen Anspruch an eine Infrastrukturunion
für
44 alle; so schaffen wir Zusammenhalt über den ganzen Kontinent hinweg. Denn klare
45 Mindeststandards beugen einem Wettlauf nach unten bei der sozialen Sicherung
wirksam vor.

46 Wir stehen für ein starkes soziales Europa, das die Menschen vor Krisen schützt und
vor Ort
47 einen echten Unterschied macht. Wenn wir über die europäische Souveränität
sprechen, dann
48 geht es uns auch um die Ausgestaltung und die Verteidigung eines europäischen
Sozialmodells,
49 das sich in einer globalisierten Welt behauptet – und für Wohlstand und materielle
50 Sicherheit, gute Arbeit und hohe Sozialstandards steht. Dies gilt umso mehr, als die
51 Herausforderung der Klimaneutralität, technologischer Fortschritt und der
demografische
52 Wandel die Arbeitswelt verändern.

53 In der Europäischen Säule sozialer Rechte sind die Grundsätze für ein soziales Europa
54 angelegt. Sie ist ein wichtiger Meilenstein einer europäisch abgestimmten sozialen
Politik.
55 Doch bei Grundsätzen und Empfehlungen darf es nicht bleiben. Wir wollen
rechtsverbindliche
56 und einklagbare Arbeits- und Sozialstandards daraus ableiten. Auch wenn der
Sozialstaat
57 institutionell in erster Linie in den Mitgliedstaaten verankert ist, darf soziale
58 Gerechtigkeit nicht an Landesgrenzen haltmachen.

59 Wir wollen ein gerechtes Europa bauen. Das gerechte Europa ist ein Gemeinwesen,
das
60 solidarisch finanziert wird, ohne Steuerschlupflöcher für Superreiche. Das gerechte
Europa
61 ist ein Kontinent, auf dem jede und jeder gut leben kann – ob im Großraum Mailand, in
der
62 Lausitz oder im ländlichen Rumänien. Das gerechte Europa bietet Zugang zu fair
bezahlter
63 Arbeit und öffentlichen Dienstleistungen, zu guter Bildung und intakter Natur.

64 Kurzum: Das gerechte Europa ist ein Raum der Chancen und der Solidarität. Es
bekämpft
65 soziale Ausgrenzung und Diskriminierungen. Es fördert soziale Gerechtigkeit, die
66 Gleichstellung von Frauen, die Inklusion, den Zusammenhalt zwischen den
Generationen,
67 Familien, den Schutz der Rechte des Kindes und die Einhaltung der Menschenrechte.
So ist es
68 im Gründungsprozess der EU angelegt. Für diese Gerechtigkeit streiten wir. Dieses
Europa
69 wollen wir sein.

70 **1. Gute Arbeit und soziale Sicherheit**

71 **Faire Löhne erreichen**

72 Gute Arbeit mit fairen und verlässlichen Arbeitsbedingungen und einer wirksamen
Mitsprache
73 gibt gerade in Zeiten des wirtschaftlichen Umbruchs Sicherheit und Rückhalt. Zu viele
74 Menschen in Europa haben in den letzten Jahren unter spürbaren Reallohnverlusten
und
75 steigenden Lebenshaltungskosten gelitten. Wer von seiner Arbeit verlässlich leben und
seinen
76 Arbeitsplatz aktiv mitgestalten kann, kann sich auch bei Veränderungen einbringen.
Das
77 stärkt auch die Demokratie. Wir wollen gute Standards in ganz Europa gestalten und
prekäre
78 Beschäftigung und Ausbeutung unterbinden. Eine starke Sozialpartnerschaft und eine
hohe
79 Reichweite von Tarifverträgen sind wichtige Grundlagen für gute Arbeit.

80 Ein konkreter Erfolg des sozialen Europas ist die Mindestlohnrichtlinie. Sie schützt Wert
81 und Würde von Arbeit. Und sie trägt dazu bei, dass viele Millionen Beschäftigte in
82 Europa
83 künftig ein höheres Einkommen haben werden – wie die Bundesregierung auch auf
84 unsere
85 Initiative mit der deutlichen Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns vorgemacht hat.
86 Die
87 Richtlinie verpflichtet die Mitgliedstaaten dazu, angemessene Mindestlöhne nach
88 klaren
89 Kriterien festzulegen und das Ergreifen wirksamer Maßnahmen nachzuweisen. Wir
90 wollen, dass
91 die Mindestlohnrichtlinie in Deutschland konsequent umgesetzt wird und die EU
92 Empfehlung den
93 Mindestlohn an 60% des Medianlohns zu koppeln verbindlich gemacht wird. So würde
94 der
95 gesetzliche Mindestlohn in Deutschland und anderen Mitgliedsstaaten spürbar steigen
96 und auch
97 in Zukunft einen effektiven Mindestschutz für Beschäftigte bieten. Darüber hinaus soll
98 mit
99 der Richtlinie die Tarifbindung verbindlich gestärkt werden: Mitgliedstaaten mit einer
100 tarifvertraglichen Abdeckung von weniger als 80 Prozent müssen einen Aktionsplan
101 vorlegen.
102 Das werden wir auch in Deutschland umsetzen und damit Gerechtigkeit in der Mitte
103 der
104 Gesellschaft stärken. Denn hierzulande ist die Reichweite von Tarifverträgen in den
105 letzten
106 Jahrzehnten stark zurückgegangen. Damit die Mindestlohnrichtlinie in allen
107 Mitgliedstaaten
108 tatsächlich greift, muss ein wirksames Monitoring erfolgen. So wirkt Europa konkret
gegen
96 Dumpinglöhne, damit Arbeit sich immer lohnt und eine Absicherung im Rentenalter
97 gewährleistet ist.

98 Wir wollen Demokratie und Mitbestimmung am Arbeitsplatz länderübergreifend
ausbauen. Dafür
99 wollen wir zum einen die Europäischen Betriebsräte stärken, indem wir an der Seite
der
100 Gewerkschaften die EU-Kommission auffordern, endlich die bestehende Richtlinie zu
den
101 Europäischen Betriebsräten zu überarbeiten und Ausnahmeregelungen zu beenden. Die
102 Rechtssicherheit, den Rechtszugang und Durchsetzungsmöglichkeiten für Europäische
103 Betriebsräte wollen wir verbessern. Um Schlupflöcher zu schließen, sollen auch
Franchise-
104 Unternehmen in die Richtlinie einbezogen werden. Zudem setzen wir uns für eine
stärkere
105 Vertretung von Frauen sowie jungen Beschäftigten und Auszubildenden in den
Europäischen
106 Betriebsräten ein.

107
108 Zum anderen setzen wir uns dafür ein, das Beteiligungsgesetz für die Societas
Europaea

109 (SEBG) in Hinblick auf die Vertretung von Arbeitnehmer*innen im Aufsichtsrat zu
110 prüfen.
111 Insbesondere das "Vorher-Nachher-Prinzip" nehmen wir dabei in den Blick: Bei der
112 Umwandlung
113 eines Unternehmens in eine Europäische Aktiengesellschaft darf es nicht mehr zum
114 Einfrieren
115 des bestehenden Mitbestimmungsniveau kommen.
116 Um die Mitbestimmung in der gesamten EU zu stärken, setzen wir uns für eine neue
117 Rahmenrichtlinie zur Unterrichtung, Anhörung und Beteiligung von
118 Arbeitnehmer*innen ein, die
119 auf die verschiedenen europäischen Gesellschaftsformen von Unternehmen
120 abgestimmt ist.
121 Darüber hinaus kämpfen wir für einen zeitgemäßen Arbeitsschutz in Europa – in einer
122 sich
123 rasant beschleunigenden digitalen Arbeitswelt, die für viele Beschäftigte mit ständiger
124 Erreichbarkeit, Arbeitsverdichtung und Stress einhergeht. Wir wollen daher den Schutz
125 der
126 Arbeitnehmer*innen vor psychischen und körperlichen Belastungen voranbringen. So
127 stärken wir
128 auch die Selbstbestimmung und das Potential älterer Arbeitnehmer*innen. Zudem
129 setzen wir uns
130 für eine umfassende Teilhabe von Menschen mit Behinderung und einen inklusiven
131 Arbeitsmarkt
132 ein.
133 Europaweit haben noch zu viele Menschen unfreiwillig keine Arbeit. Zur Stabilisierung
134 des
135 Arbeitsmarkts und der Wirtschaft stärken wir das Recht auf Arbeit auch durch staatliche
136 Unterstützungsangebote und Investitionen. Insbesondere in den
137 Strukturwandelregionen
138 setzen wir uns für eine gleichwertige Anschlussbeschäftigung für Beschäftigte
139 innerhalb der
140 Region ein. Der Wandel dieser Regionen wird nur mit verlässlichen Angeboten zur
141 Weiterbildung und Vermittlung gelingen.

130 **Beschäftigte in der digitalen Arbeitswelt stärken**

131 Neue Technologien bieten große Chancen: Mit neuen Geschäftsfeldern und -modellen
132 entstehen
133 neue Jobs, digitalisierte Prozesse bringen Produktivitätsgewinne, Arbeiten wird
134 flexibler,
135 beispielsweise durch Homeoffice-Regelungen. Diese Veränderung darf sich nicht
136 nachteilig zur
137 Teilhabe von Frauen an der Arbeitswelt auswirken. Ausbeutung darf auch in der
138 digitalen
139 Arbeitswelt kein Geschäftsmodell sein. Deshalb setzen wir uns für starke Rechte von
140 Arbeitnehmer*innen im digitalen Zeitalter ein. Die Zusammenarbeit im digitalen
141 Arbeitsmarkt,

137 beispielsweise in der Content Moderation, soll koloniale Kontinuitäten nicht neu
138 verfestigen.

139 EU-weit arbeiten rund 28 Millionen Menschen für Unternehmen, die digitale Dienste
140 anbieten
141 und zusammenführen, sogenannte Plattformunternehmen. Diese Unternehmen
142 profitieren vom
143 Modell der Scheinselbstständigkeit, das in der EU weit verbreitet ist. Die EU-
144 Kommission
145 schätzt, dass 4 Millionen der Arbeitnehmer*innen in Plattformunternehmen
146 Scheinselbstständige sind. In der laufenden europäischen Gesetzgebung zu
147 Arbeitsbedingungen
148 auf digitalen Plattformen setzen wir uns dafür ein, Scheinselbständigkeiten, die zu
149 schlechten Arbeitsbedingungen und zu unzureichender sozialer Absicherung führen,
150 europaweit
151 einen Riegel vorzuschieben. Faire Arbeitsbedingungen sollen auch in der Gig Economy
152 gelten.
153 Es braucht zudem bessere Möglichkeiten, die Regeln durchzusetzen. Dazu wollen wir
154 unter
155 anderem Arbeitsinspektionen stärken.

156 Viele Unternehmen setzen Software ein, um automatisiert Aufgaben zuzuteilen und
157 Arbeitnehmer*innen zu überprüfen, zu evaluieren und zu disziplinieren oder auch
158 Einstellungsentscheidungen zu treffen – das sogenannte algorithmische Management. Die
159 ständige Überwachung, der Wegfall persönlicher Planungssicherheit im Alltag und der
160 übermäßige Arbeitsdruck, die mit seinem Einsatz einhergehen können, wollen wir
161 beenden. Um
162 die Rechte der Arbeitnehmer*innen zu stärken und Missbrauch vorzubeugen, setzen
163 wir uns für
164 eine neue EU-Richtlinie zum algorithmischen Management am Arbeitsplatz ein.

165 Die Fortschritte in der Entwicklung der Künstlichen Intelligenz bieten für
166 Arbeitnehmer*innen große Potenziale. Wir wollen diese für die Gestaltung guter
167 Arbeitsplätze
168 und faire Arbeitsbedingungen nutzen, so können sie als Assistenzsysteme die
169 Arbeitsbelastung
170 reduzieren. Die breite Beteiligung der Belegschaften ist ein zentraler Faktor für die
171 Akzeptanz und eine gelungene Einführung solcher Systeme. Den Sorgen von
172 Arbeitnehmer*innen
173 um Arbeitsplatzverluste tragen wir Rechnung. Wir setzen uns dafür ein, dass
174 Unternehmen
175 ihren Arbeitnehmer*innen frühzeitig anbieten, sich über Fort- und Weiterbildung auf
176 diese
177 Entwicklung vorbereiten zu können. So erhalten sie Sicherheit und die Möglichkeit den
178 Wandel
179 mitzugestalten.

180 **Freizügigkeit einfacher machen**

181 Dass EU-Bürger*innen in jedem Mitgliedstaat arbeiten und leben können, ist ein
182 Grundprinzip

168 der EU. Das eröffnet enorme Freiheiten und fördert gleiche Chancen für alle in der EU.
Es
169 stellt Arbeitnehmer*innen zuweilen auch vor neue Herausforderungen, für die es
europäische
170 Antworten zu finden gilt. Damit das Modell des grenzüberschreitenden Leben und
Arbeiten für
171 die Beschäftigten im Alltag funktioniert, setzen wir uns für eine bessere Koordinierung
der
172 nationalen Sozialversicherungssysteme ein.

173 Es ist eine große Errungenschaft, dass Bürger*innen der EU
Sozialversicherungsansprüche, die
174 sie in einem anderen EU-Land erworben haben, über die Grenzen mitnehmen können
175 (Portabilität). Doch die Realität löst dieses Versprechen noch nicht immer ein: Die
176 Unterschiede der nationalen Sicherungssysteme, aber auch die Bürokratie machen die

177 Handhabung kompliziert, und Lücken in den Leistungen lassen einige zurück. Wir
wollen
178 deshalb mehr Koordinierung zwischen den nationalen Sozialversicherungssystemen,
um soziale
179 Leistungsansprüche leichter von einem Land in das andere übertragen zu können und
die
180 bestehenden Lücken gerade für Grenzpendler*innen abzubauen. Das möchten wir
erreichen, indem
181 wir den Informationsaustausch zwischen den zuständigen
Sozialversicherungssystemen
182 unbürokratisch sicherstellen und dafür die Vorteile der Digitalisierung nutzen.

183 Auch die Langzeitpflege, beispielsweise für Ältere oder Menschen mit chronischen
Krankheiten
184 oder Behinderungen, soll auf diese Weise abgedeckt werden. Ein Europäischer
185 Sozialversicherungsausweis (ESSPASS) ist ein Beitrag dazu. Er soll die Übertragbarkeit
von
186 Ansprüchen über Grenzen hinweg verbessern und durch digitale Überprüfung
entbürokratisieren.

187 Wir wollen darüber hinaus die sogenannte A1-Bescheinigung durch ein digitales
188 Echtzeitregister ersetzen, um grenzüberschreitende Arbeitsausbeutung zu verhindern
und einen
189 wirksamen Sozialschutz zu gewährleisten.

190 Das Arbeiten im Homeoffice gehörte in der Coronakrise für sehr viele Beschäftigte zum
Alltag
191 und wird spätestens seitdem von mehr und mehr Arbeitnehmer*innen geschätzt.
Diese
192 Entwicklungen unterstützen wir in ihrem Sinne dort wo es praktikabel ist. Wir wollen,
dass
193 auch das mobile Arbeiten nicht an den europäischen Grenzen haltmacht, sondern
prinzipiell
194 auch aus einem anderen Land als dem Beschäftigungsland möglich ist. Deshalb setzen
wir uns
195 dafür ein, dass es eine Richtlinie für Homeoffice gibt, die es erleichtert, EU-weit im
196 Homeoffice zu arbeiten.

197 **Ausbeutung bekämpfen**

198 Damit Freizügigkeit für alle Arbeitnehmer*innen funktioniert, ist darüber hinaus ein
199 wirksamer Schutz vor Ausbeutung unerlässlich. Egal ob eine Arbeitnehmerin aus
Österreich in
200 Frankreich arbeitet oder ein Saisonarbeiter aus Georgien in Rumänien:
Unionsbürger*innen und
201 Menschen aus Drittstaaten brauchen umfassenden Schutz vor Diskriminierung und
Ausbeutung,
202 wenn sie in einem anderen EU-Land arbeiten.

203 Das führen nicht zuletzt die Skandale in der Fleischindustrie, der 24-Stunden Pflege,
bei
204 Lkw-Fernfahrer*innen, bei Saisonarbeiter*innen oder im Baugewerbe deutlich vor
Augen. Wir
205 sagen diesen Formen der Ausbeutung den Kampf an. Beschäftigte dieser Branchen
leben und
206 arbeiten oft an mehr als einem Ort in der Europäischen Union. Damit leisten sie einen
207 substantiellen Beitrag zu einem funktionierenden Binnenmarkt und zur
Aufrechterhaltung
208 unserer Sozialsysteme, sind dabei aber zusätzlichen Risiken ausgesetzt. Wir wollen
209 europäische Hebel gegen Scheinselbstständigkeit sowie Lohn- und Sozialdumping in
diesen
210 Bereichen nutzen. Ein wirksames Mittel können zudem regelmäßig stattfindende
211 Arbeitsinspektionen sein, für die die Mitgliedstaaten das Personal aufstocken sowie
212 Schulungen in europäischer Gesetzgebung und grenzüberschreitenden
Angelegenheiten verbessern
213 sollten. Der Schutz der Beschäftigten soll dabei an erster Stelle stehen.
214 Auch eine bessere Zusammenarbeit zwischen den nationalen Behörden und der
Europäischen
215 Arbeitsbehörde (ELA) ist nötig. Dazu gehören auch passende Angebote zur Beratung
und
216 Teilhabe. Das Mandat der ELA sollte auf Drittstaatsangehörigkeit ausgeweitet werden.
Wir
217 begrüßen die stärkere Zusammenarbeit zwischen der ELA und den Gewerkschaften.
Sie sollte
218 zudem eine stärkere Rolle für gemeinsame koordinierte Inspektionen erhalten.

219 Wir wollen weitere Maßnahmen ergreifen, um missbräuchliche Praktiken von
Subunternehmen zu
220 unterbinden, beispielsweise die gesamtschuldnerische Haftung rechtlich verankern.
Immer
221 wieder werden Arbeiter*innen zu katastrophalen Bedingungen untergebracht, in
überfüllten
222 Zimmern, unter schlechten hygienischen Bedingungen und mit überteuerter Miete, die
direkt
223 vom Lohn einbehalten wird. Die Verpflichtung zu angemessener Unterbringung wollen
wir
224 deshalb rechtlich absichern und wirksam durchsetzen.

225 Eine wirksame Bekämpfung der Arbeitsausbeutung beginnt damit, dass sich
Betroffene einfach

226 und in der eigenen Sprache über ihre Rechte informieren können – und für deren
227 Durchsetzung
228 Hilfe erhalten. Wir setzen uns für eine langfristige und verlässliche Finanzierung für die
229 Schaffung und europaweite Vernetzung entsprechender Beratungs- und
230 Unterstützungsstrukturen
231 ein. Die Gewerkschaften sind mit ihrer fachlichen Expertise wertvolle Partnerinnen in
232 der
233 Entwicklung und Durchführung solcher Angebote. Wir begrüßen, dass europäische
234 Zahlungen im
235 Bereich der Gemeinsamen Agrarpolitik künftig von der Einhaltung von Arbeitsnormen
236 in der
237 Landwirtschaft abhängig gemacht werden. Diese sogenannte soziale Konditionalität
238 muss nun
239 effektiv umgesetzt werden.

234 **Kinderarmut abbauen**

235 Jedes vierte Kind in Europa ist von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht – das
236 entspricht
237 fast 20 Millionen Kindern, die an gesunder Ernährung, Sport, Bildung und Kultur nur
238 sehr
239 eingeschränkt teilhaben können. Kinderarmut bedeutet einerseits existenziellen
240 Mangel im
241 Hier und Jetzt, andererseits weniger Chancen auf ein selbstbestimmtes und
242 erfolgreiches
243 Leben in der Zukunft. Wir wollen, dass alle Kinder Zugang zu einer gut ausgebauten
244 Betreuung
245 und sozialen Infrastruktur haben. Ihre Zukunft und die Förderung ihrer Potentiale
246 entscheiden über unsere Zukunft als Gesellschaft.
247 Die Europäische Kindergarantie soll sicherstellen, dass jedes von Armut und sozialer
248 Ausgrenzung bedrohte Kind in Europa Zugang zu kostenloser Gesundheitsversorgung,
249 frühkindlicher Betreuung, Bildung und Erziehung, angemessenem Wohnraum und
250 gesunder
251 Ernährung hat. Dabei geht es besonders um die Kinder, die heute schlechte Chancen
252 haben. Wir
253 wollen uns dafür einsetzen, dass die Kindergarantie europaweit mit konkreten
254 Maßnahmen
255 realisiert wird.

256 Bei der Umsetzung der Kindergarantie in Deutschland binden wir auch die
257 Zivilgesellschaft
258 sowie Kinder und Jugendliche aktiv ein.

259

260 Mit der Kindergrundsicherung hat die Bundesregierung auf unsere Initiative in
261 Deutschland
262 ein zentrales Instrument im Kampf gegen Kinderarmut auf den Weg gebracht. Sie ist
263 ein
264 notwendiger Schritt dahin, dass es armutsgefährdeten Kindern besser geht, Armut
265 nicht mehr
266 versteckt wird und Eltern sorgen- und angstfreier leben können, weil sie und ihre

Kinder

255 abgesichert werden. Wir setzen uns dafür ein, dass der Wandel weg von einer
Holschuld der
256 Eltern, hin zu einer Bringschuld des Staates europaweit Einzug hält. Um stärker
voneinander
257 zu lernen, fördern wir den europaweiten Austausch darüber, wie Familien besser
unterstützt
258 und ein gutes Aufwachsen aller Kinder in Europa sichergestellt werden kann.

259 **Kinderrechte stärken**

260 Kinder haben eigenständige Rechte. Sie haben ein Recht auf Beteiligung und bedürfen
unseres
261 besonderen Schutzes und unserer Fürsorge. Das Kindeswohl ist bei allen
Angelegenheiten, die
262 Kinder betreffen, vorrangig zu berücksichtigen. Besonderes Augenmerk muss auf dem
Schutz der
263 Kinder vor Gewalt und Vernachlässigung liegen. Die EU-Kinderrechtsstrategie wollen
wir
264 weiterentwickeln und konsequent umsetzen. Wir wollen europäische Forschungs- und
265 Praxisprojekte im Bereich des Kinderschutzes und der Kinderrechte fördern, um
nationale
266 Erfahrungen, Praktiken und Modelle für die Weiterentwicklung des Kinderschutzes
überall
267 nutzbar zu machen.

268 **Soziale Mindeststandards verankern**

269 Über 95 Mio. Menschen in der EU sind von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht.
Hohe
270 Lebenshaltungskosten haben die soziale Lage der Menschen zum Teil existenziell
verschärft.
271 Wir wollen, dass sich alle Menschen in Europa auf starke Sozialsysteme verlassen
können, die
272 sie vor Armut schützen. Dafür brauchen die Sozialstaaten der Mitgliedsländer
verbindliche
273 Mindeststandards.

274 Wir wollen die bisherige europäische Empfehlung für angemessene
Mindestsicherungssysteme zu
275 einer verbindlichen Richtlinie weiterentwickeln und die darin festgelegten Standards
mit
276 einem individuellen Anspruch auf soziale Rechte für Betroffene in den Mitgliedstaaten
277 verbinden. In diesem Zuge sollen alle Mitgliedstaaten ihre Sozialsysteme stufenweise
gemäß
278 ihrem jeweiligen Wohlstandsniveau armutsfest ausgestalten, nachhaltige Integration in
gute
279 Arbeit fördern und die soziale Infrastruktur ausbauen. Das bedeutet auch für
Deutschland
280 Rückenwind für einen starken Sozialstaat und mehr soziale Gerechtigkeit.

281 **Soziale Sicherung krisenfest machen**

282 Der Sozialstaat muss sich gerade in Krisenzeiten bewähren. Eine bessere Vorsorge
gegen
283 wirtschaftliche und soziale Folgen externer Schocks muss daher eine zentrale Lehre
aus den
284 Krisen der letzten Jahre sein. Die gerechte Beteiligung aller Bürger*innen leitet dazu
einen
285 wichtigen Beitrag. Die Sozialsysteme der Mitgliedstaaten müssen krisenfest gemacht
werden
286 und in Notlagen schnellen und wirksamen Schutz für die Menschen ermöglichen.
Krisenbedingte
287 Massenarbeitslosigkeit mit hohen sozialen Folgekosten und Härten aber überfordert
viele
288 Mitgliedstaaten der EU. Ihre Folgen destabilisieren die ganze EU. Mit dem
europäischen
289 Kriseninstrument SURE wurden den Mitgliedstaaten während der Coronapandemie
finanzielle
290 Darlehen und Garantien bereitgestellt, um Arbeitsplätze durch den Einsatz von
291 Kurzarbeitergeld zu retten – ein großer Erfolg. Mit dem Instrument konnten allein im
Jahr
292 2020 in Europa schätzungsweise 1,5 Millionen Jobs gerettet werden. Aufbauend auf
dieser
293 Erfahrung wollen wir mit einer Arbeitslosenrückversicherung für die Mitgliedstaaten
ein
294 dauerhaftes Kriseninstrument schaffen, das die nationalen Arbeitslosenversicherungen
– und
295 damit die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt – in schweren ökonomischen
Ausnahmesituationen
296 durch kreditbasierte Soforthilfen stabilisiert und Arbeitsplätze sichert.
297
298 Junge Erwachsene brauchen in Zeiten multipler Krisen Perspektiven, die Mut machen
und ein
299 System, das sie im Notfall auffängt. Daher nehmen wir die europäische
Jugendarbeitslosigkeit
300 weiter in den Blick. Die europäische Jugendgarantie ist ein Weg um jungen Menschen
301 berufliche Perspektiven zu eröffnen und als Fachkräfte in den Arbeitsmarkt zu
integrieren.
302 Wir begrüßen die Stärkung im Rahmen der Coronapandemie und setzen uns weiter für
eine
303 Verstärkung ein. Insbesondere die Standards der Ausbildungs- und
Qualifizierungsangebote
304 wollen wir weiterentwickeln. Mit guter Beratung und Qualifizierung bekommt jeder
junge
305 Erwachsene in Europa die Chance einen Beruf zu erlernen.

306 **Wohnen bezahlbar machen**

307 Wohnen ist eine der zentralen sozialen Fragen unserer Zeit. Für uns ist Wohnen ein
308 Grundrecht und muss als Teil der Daseinsvorsorge abgesichert sein. Wir wollen
gesicherte

309 Wohnverhältnisse für alle Menschen. Besonders in den Städten ist bezahlbarer
Wohnraum knapp,
310 vielerorts steigende Mieten und ein rückläufiger Bestand an Sozialwohnungen belasten
311 Mieter*innen bis in die Mitte der Gesellschaft und führen zu Verdrängung und
Unsicherheit.
312 In den europäischen Großstädten wird besonders viel Wohnfläche für
Kurzzeitvermietung
313 beansprucht und so dem Mietmarkt entzogen. Steigende Mieten dürfen soziale
Ungleichheit und
314 Armutsrisiken, beispielsweise für ältere Menschen, nicht weiter verschärfen. Wir
wollen,
315 beispielsweise mit Sanierungen im Bestand und Innenverdichtung, nachhaltigem
Bauen, einer
316 Fachkräfteoffensive und verbesserten Investitionen über die Europäische
Investitionsbank
317 (EIB), schnell mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen und steigende Mieten begrenzen.
Mit
318 zusätzlichem barrierefreiem und behindertengerechtem Wohnraum bekämpfen wir die
Wohnungsnot.
319 Investor*innen, die europaweit im erheblichen Umfang städtische Wohnimmobilien
und
320 wertvollen Baugrund aufkaufen, treiben vielerorts Immobilien- und Mietpreise in die
Höhe.
321 Die europaweite Konzentration auf wenige Investor*innen auf dem Wohnungsmarkt
schadet dem
322 Wettbewerb und den Menschen. Wir setzen uns für transparente Geschäftspraktiken
ein. Wir
323 stellen die bestehenden europäischen Regelungen auf den Prüfstand, um Mieter*innen
in den
324 Mitgliedstaaten besser vor steigenden Preisen zu schützen und die Qualität unseres
Wohnraums
325 zu sichern. Dazu gehört auch der Schutz von Haushalten vor Indexmietverträgen. Vor
dem
326 Hintergrund der steigenden Lebenshaltungskosten wollen wir bestehende Indexmieten
deckeln
327 und neue beschränken.
328
329 Wir wollen die Bodenwende in Europa einleiten. Wir setzen uns dafür ein, dass die
knappe
330 Ressource Boden in der EU vor Spekulationen geschützt wird. Wir begrüßen
langfristige Miet-
331 und Pachtmodelle durch die öffentliche Hand, statt kurzfristiger Verkäufe. den Boden-
und
332 Immobilienmarkt wollen wir stärker in das EU-Wettbewerbsrecht integrieren. Die
Bewertung von
333 Immobilien und Grund und Boden wollen wir europaweit gemeinwohlorientiert
gestalten. Dafür
334 wollen wir auch eine Änderung internationaler Rechnungslegungsstandards angehen,
damit auch
335 branchenübergreifend eine Integration von CO₂ sowie weiterer sozial-ökologischer

Werte in
336 die Finanzbewertung mit aufgenommen werden kann.
337 Obdach- und Wohnungslosigkeit verletzt die Menschenwürde und gehört zu den
extremsten
338 Ausprägungen von Armut. Die EU hat sich das ambitionierte Ziel gesetzt,
Wohnungslosigkeit
339 bis 2030 zu beenden und eine Europäische Plattform zur Bekämpfung der
Obdachlosigkeit ins
340 Leben gerufen. Deren Maßnahmen wollen wir schnell umsetzen. Der Dialog zwischen
den
341 Mitgliedstaaten muss weiter gestärkt werden., Dabei soll die Möglichkeit voneinander
zu
342 lernen und bewährte Konzepte wie Housing First oder Soziale Wohnraumagenturen
flächendeckend
343 zu adaptieren, gestärkt werden. Wir setzen uns im Sinne der betroffenen Menschen für
344 effektivere Prävention, ausreichend Wohnraum sowie individuellere,
menschwürdigere und
345 unbürokratischere Angebote ein. Diese sollen auch Menschen mit psychischen
Krankheiten und
346 Suchterkrankungen besser versorgen. Die europäischen Fördermittel für entsprechende
Vorhaben
347 und Projekte wollen wir ausweiten .

348 **2. Starke Regionen**

349 **Kommunen stärken**

350 Die Stärke und Attraktivität der EU liegt auch in der Vielfalt ihrer Regionen und
Kommunen.
351 Sie sind das Fundament der EU. Hier leben, lernen und arbeiten die Menschen. Starke
Kommunen
352 florieren in einem starken Europa, das kommunalen Bedürfnissen und der
kommunalen
353 Gestaltungsfreiheit eine besondere Bedeutung beimisst. Das Subsidiaritätsprinzip –
also
354 Entscheidungen möglichst bürgernah zu treffen – ist die Grundlage für ein Europa, das
355 schützt und ermöglicht. Dieses Prinzip wollen wir stärken und die Handlungsfähigkeit
vor Ort
356 durch ausreichende Ressourcen sichern.
357 Dazu gehört auch, dass die EU mit ihren Möglichkeiten da unterstützend wirken soll,
wo
358 Kommunen an ihre Grenzen stoßen. In den Kommunen Europas findet das Alltagsleben
der
359 Bürger*innen statt. Hier wird gewohnt und gearbeitet, werden Kinder betreut und das
Ehrenamt
360 gepflegt, hier kommen in Menschen in Kinos, Restaurants, Parks oder Sportstätten
zusammen.
361 Kommunen bieten die Basis unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens und mit

einer
362 funktionierenden Grundversorgung auch attraktive Standorte für Unternehmen und
363 Arbeitnehmer*innen aus ganz Europa. Die Umsetzung der Wettbewerbsregeln darf
nicht dazu
364 führen, dass Kommunen zur Privatisierung öffentlicher Güter gezwungen oder in ihrer
365 kommunalen Planungshoheit beschränkt werden. Es braucht deshalb ein gutes
Vergabe- und
366 Konzessionsrecht, das soziale und ökologische Kriterien in den Mittelpunkt stellt – und
367 dabei die Entscheidungen der öffentlichen Hand stärkt. Es fördert die Rechtssicherheit
und
368 ermöglicht Kommunen, sich für qualitativ hochwertige regionale Angebote zu
entscheiden. So
369 können Kommunen selbst die Wertschöpfung aus öffentlicher Infrastruktur stärken.
Außerdem
370 soll es ihnen möglich bleiben, die räumliche Nutzung zu steuern und zu begrenzen, um
eine
371 wohnungsnahе Versorgung zu gewährleisten. Indem wir in der EU die
Rekommunalisierung
372 vergangener Privatisierungen ermöglichen, sorgen wir für neue
Entscheidungsspielräume vor
373 Ort und eine zuverlässige Daseinsvorsorge. Wir unterstützen die Kommunen weiter
dabei,
374 diesen Weg zu gehen. Eine EU, die die kommunalen Gestaltungsspielräume verteidigt
und
375 ausbaut, sichert Lebensqualität und sozialen Zusammenhalt.

376 Insbesondere der Zugang zu sauberem und günstigem Trinkwasser ist eine
existenzielle
377 Grundlage für ein gesundes Leben. Europa garantiert durch den Erfolg der
Bürgerinitiative
378 Right2Water die weltweit höchsten Standards für Trinkwasser. Die Versorgung mit
Trinkwasser
379 soll weiterhin in kommunaler Hand bleiben und nicht nach rein marktwirtschaftlichen
380 Interessen bestimmt werden. Wir verteidigen daher die Ausnahme der
Wasserversorgung aus der
381 Konzessionsrichtlinie und schützen das Recht auf Trinkwasser in der EU.

382 Europa muss vor Ort gelebt werden. Kommunen, Regionen, Unternehmen und die
Zivilgesellschaft
383 brauchen mehr Mitspracherecht bei der Gestaltung europäischer Politik. Deshalb
wollen wir
384 den Europäischen Ausschuss der Regionen und den Europäischen Wirtschafts- und
385 Sozialausschuss stärken. Die grenzüberschreitende europäische Zusammenarbeit wie
die
386 Städtepartnerschaften oder Initiativen zur Stärkung der grenzüberschreitenden
regionalen
387 Wettbewerbsfähigkeit und Konnektivität (INTERREG-Programme) stärken die
Kommunen und
388 Regionen, genauso wie Wissenstransfer- und Netzwerkprogramme (z.B. Climate
ADAPT). Diese
389 Programme wollen wir stärken. Die Ebene der europäischen Regionen (Euregios und
390 Eurodistrikte) soll entbürokratisiert und flexibler gestaltet werden. Sie tragen mit

391 grenzüberschreitenden Programmen wie etwa einer Beratung für Grenzpendler*innen,
392 der
393 Zusammenarbeit der Handwerkskammern oder der gemeinsamen Raumentwicklung
394 maßgeblich und nah
395 am Alltag der Bürger*innen zum Gelingen der Europäischen Union bei.
396 Wir setzen uns dafür ein, den Alltag von Grenzpendler*innen und binationalen Familien
397 durch
398 Bürokratieabbau und Harmonisierung von Behördendienstleistungen und -prozessen
399 zu
400 vereinfachen.

397 **Zusammenhalt vor Ort fördern**

398 Der Erfolg des Green Deal und der Zusammenhalt der EU entscheiden sich vor Ort:
399 anhand
400 konkreter Projekte in den europäischen Regionen. Dort liegt wichtige Expertise zur
401 Gestaltung des Wandels vor Ort. Eine effiziente Förderpolitik in der EU bezieht die
402 Menschen
403 vor Ort mit ein und ist an den Chancen und Herausforderungen des digitalen und
404 ökologischen
405 Wandels ausgerichtet. Wir stellen dabei die wirtschaftliche und soziale Annäherung der
406 Regionen in Europa in den Vordergrund. Der Umfang der Fonds und Förderprogramme
407 soll sich in
408 seiner Größe an den Herausforderungen orientieren.
409 Europäische Regionen sind bislang unterschiedlich stark auf diese Herausforderungen
410 vorbereitet. Das gilt sowohl innerhalb als auch zwischen den europäischen
411 Mitgliedstaaten.
412 Eine konsistente und an klaren Kriterien ausgerichtete Förderpolitik wird bei der
413 Bewältigung dieser Herausforderungen zu Antrieb und Kompass zugleich.
414 Strukturschwache und
415 ländliche Regionen, sowie Regionen mit industrieller Prägung und
416 Modernisierungsherausforderungen, wollen wir bei der Auszahlung in den Mittelpunkt
417 stellen,
418 um gleichwertige Lebensverhältnisse für alle Menschen zu schaffen.
419 Gerade in strukturschwachen Regionen stellt der demografische Wandel eine große
420 Herausforderung dar. Die Abwanderung von Fachkräften, insbesondere jungen
421 Menschen und
422 Frauen, führt diese Regionen in eine Spirale der Perspektivlosigkeit. Dem muss die EU
423 mit
424 einer besseren Förderung von strukturschwachen Regionen entgegenwirken. So stärken
425 wir die
426 Gestalter*innen der Zukunft vor Ort und schaffen gute Perspektiven für die Regionen.
427 Große Herausforderungen brauchen eine große Kraftanstrengung und gleichzeitig
428 Effizienz und
429 Zielgenauigkeit im Einsatz der Mittel. Das stellen wir sicher, indem wir die Fördermittel
430 an
431 Kriterien im Sinne des europäischen Green Deal ausrichten. Der Europäische
432 Sozialfonds

420 (ESF+) spielt dabei eine bedeutende Rolle. Durch ihn werden auch bei uns zahlreiche
421 Gründer*innen, Angestellte und Arbeitsuchende beraten, unterstützt und lebenslang
weiter
422 gebildet. Die Förderung langfristiger Projekte soll nicht durch Verzögerungen in den
423 Beratungen der EU aufgehalten werden. Wir statten den ESF+ mit ausreichend Mitteln
aus, um
424 über ihn unter anderem aktive Beschäftigungspolitik und verstärkt soziale Teilhabe zu
425 fördern. Dabei setzen wir uns dafür ein, dass die Mittelverwaltung vereinfacht wird, die
Bedingungen guter Arbeit eine große Rolle spielen und die Mittel zu Treibern für eine
426 gerechte EU werden. Durch ein starkes Bekenntnis zu Tarifen, einen guten Arbeits- und
427 Gesundheitsschutz und vielfältige Möglichkeiten, Aus- und Weiterbildungen
wahrzunehmen,
428 werden attraktive Arbeitsplätze für die geförderten Regionen zum Standortvorteil.
429 Europäische Fördermittel bieten eine große Chance, innovative Projekte zu entwickeln.
Die
430 Programme sind jedoch oftmals nicht ausreichend in der Breite bekannt und die
Beantragung
431 der Mittel und die Umsetzung der Förderungen sind oft zu kompliziert. Das reduziert
die Zahl
432 der Anträge und manche guten Projekte und Ideen werden nicht verwirklicht. Das
ändern wir,
433 indem wir uns dafür einsetzen, den Zugang zu Fördermitteln zu vereinfachen, die
Bekanntheit
434 zu steigern und die Umsetzung von Projekten zu beschleunigen. Zur Vereinfachung der
435 Strukturen prüfen wir das derzeitige System von Einzelfonds. Um bürokratische
Hürden
436 abzubauen, wollen wir unter anderem mehr Pauschalen und Fördermöglichkeiten
einführen, die
437 ehrenamtliche Antragsteller*innen nach Projektbewilligung von der Vorfinanzierung
befreien.
438 Bürokratieabbau schafft so mehr Effizienz.

440 Jede wichtige Veränderung braucht die Beteiligung der Bürger*innen und der
Zivilgesellschaft
441 vor Ort. Eine Politik des Gehörtwerdens nutzt die lokale Expertise und schafft
gegenseitiges
442 Verständnis. Dieses Wissen kann durch die Partnerschaft für Bürgerbeteiligung
443 (Partnerschaftsprinzip) einfließen. Mechanismen wie Bürgerdialoge, öffentliche
Beratungen
444 oder Foren sollen Teil der Prozesse zur Mittelvergabe in allen Mitgliedstaaten sein.
445 Digitale und hybride Formate sollen dabei eine familiengerechte Teilnahme
ermöglichen. So
446 sichern wir Mitbestimmung und demokratisieren die Förderpolitik der EU.

447 **Chancen in ländlichen Räumen nutzen**

448 Ländliche Räume sind Zukunfts- und Chancenräume. Ihre Entwicklung ist für uns ein
zentrales

449 Ziel. Sie entscheidet erheblich über den Zusammenhalt in der EU. Die Verkehrswende
kann die
450 ländlichen Räume näher zusammenbringen.
451 Die Energiewende kann neue Wertschöpfung und finanziell gestärkte Kommunen
schaffen.
452 Coworking-Spaces können Ortskerne wiederleben. Auch die ländlich geprägten
Außenbezirke der
453 Städte nehmen wir mit ihrem erheblichen Entwicklungspotential in den Blick. Die
Menschen vor
454 Ort sollen mitentscheiden und davon profitieren können. Dazu brauchen sie eine
verlässliche
455 Daseinsvorsorge und Orte, an denen sie sich begegnen und austauschen können. Wir
wollen die
456 Daseinsvorsorge stärken, indem wir Bürgergenossenschaften und multifunktionale
Einrichtungen
457 unterstützen, die beispielsweise generationenübergreifende Projekte mit Jugendlichen
und
458 älteren Menschen durchführen. Um das zu erreichen, wollen wir Förderansätze wie
LEADER zur
459 Unterstützung ländlicher Regionen und den Multifondsansatz in der Strukturpolitik
weiter
460 stärken. Die Förderung des ländlichen Raums über den Europäischen
Landwirtschaftsfonds für
461 die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) soll mit den sogenannten
Kohäsionsmitteln besser
462 verzahnt und ausgebaut werden und so besser zur Strukturentwicklung der ländlichen
Räume
463 beitragen.
464
465 Energie wird wieder zunehmend auf dem Land erzeugt, das schafft hier zusätzliche
466 Wertschöpfung. Dazu soll sie dezentral ins Stromnetz eingespeist und genutzt werden.
Die
467 notwendigen Flächen wollen wir sichern, aber den Flächenverbrauch dabei minimieren
und
468 konsequent Mehrfachnutzen mitdenken, beispielsweise über Agri-Photovoltaik-
Anlagen,
469 Biodiversitäts-Photovoltaik oder mehr erneuerbare Stromerzeugung über versiegelten
Flächen.
470 Den Ausbau der Erneuerbaren werden wir weiterhin vorantreiben und die
Modernisierung von
471 Wirtschaft und Gesellschaft durch den gezielten Einsatz von Förderungen so
unterstützen,
472 dass die Menschen vor Ort davon profitieren. Regionale landwirtschaftliche
473 Wertschöpfungsketten und naturnahe Waldbewirtschaftung sind auch weiterhin
wichtige
474 Wirtschaftsfaktoren und prägend für diese Räume.

475 **Vergaberecht modernisieren**

476 Eine echte Infrastrukturunion, ein starker europäischer Markt und die Umsetzung des
Green

477 Deal in ganz Europa gehen Hand in Hand mit massiven Investitionen in eine sichere
Zukunft,
478 auf nationaler wie europäischer Ebene. Mit einem an sozialen und nachhaltigen
Kriterien
479 ausgerichteten Vergaberecht werden diese Investitionen einmal mehr zum Motor für
eine
480 gerechte und zukunftsfeste EU. Besonders dort, wo wir in eine stabile europäische
481 Infrastruktur, in effiziente Stromnetze, ein zuverlässiges Bahnnetz oder ein am
Menschen
482 ausgerichtetes Gesundheitssystem investieren, können wir viel bewirken. Die
europäische
483 Infrastrukturunion anzukurbeln, hat positive Effekte auf den europäischen
Arbeitsmarkt: Es
484 entstehen gerade in diesen Sektoren neue Jobs. Diese Jobs sollen auch gute Jobs
werden. Ein
485 starkes Vergaberecht sichert die Zukunft vieler Arbeitnehmer*innen in ganz Europa.
486 Der Staat ist selbst ein großer wirtschaftlicher Akteur, diesen riesigen Hebel wollen wir
487 nutzen. Egal ob Dienstleistungen oder Waren: Öffentliche Beschaffungen sollen in der
EU
488 konsequent nachhaltig und gemeinwohlorientiert erfolgen. Daher wollen wir die
Richtlinie für
489 öffentliches Beschaffungswesen modernisieren und auf Nachhaltigkeits- und
490 Gemeinwohlkriterien ausrichten. Das begünstigt auch die Vergabe an kleine und
491 mittelständische Unternehmen und stärkt so die regionale Wertschöpfung.

492 Ein intakter öffentlicher Raum und die Erfüllung öffentlicher Aufgaben ist die
Grundlage
493 unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens. Wir möchten dass die EU Maßnahmen
ergreift, damit
494 Aufgaben nicht nur ausgeschrieben, sondern auch vergeben werden können.
Transparenz,
495 Entbürokratisierung, Digitalisierung, Beschleunigung und unkomplizierte Verfahren
bleiben
496 unsere Leitlinien. Notwendige Investitionen sollen nicht über Gebühr hinausgezögert
werden.
497 Jedes Unternehmen soll sich einfach und erfolgreich um die Vergabe öffentlicher
Aufträge
498 bewerben können. Geldverschwendung wird durch eine klare Beschaffungspolitik
minimiert. Die
499 einfache Kommunikation der Regeln und eine aktive Unterstützung für kleine und
lokale
500 Anbieter, beispielsweise mit Hinweisen auf die rechtlichen Rahmenbedingungen,
sorgen dabei
501 für Gerechtigkeit. Die Vergabe öffentlicher Aufträge wird so zum Wettbewerb um die
besten
502 Konditionen.

503 **3. Eine verlässliche Gesundheitsversorgung**

504 **Gesundheitskrisen europäisch bewältigen**

505 Wir wollen ein Europa, das gemeinsam die Gesundheit aller Menschen schützt und
506 fördert.

506 Die Coronapandemie hat einmal mehr gezeigt, dass die großen Herausforderungen für
507 unsere

507 Gesundheit keine nationalen Grenzen kennen. Sie hat uns auch gezeigt, dass wir ihnen

508 gemeinsam besser begegnen können. Die schnelle Entwicklung und Verfügbarkeit der
509 Coronaimpfstoffe zum Beispiel war auch ein europäischer Erfolg, der durch langjährige

510 Forschung, innovative Unternehmen und grenzüberschreitende Zusammenarbeit
511 zustande gekommen

511 ist. Die EU hat in der Pandemie die gemeinsame Beschaffung von Schutzausrüstungen
512 und

512 Impfstoffen vorangetrieben, gemeinsame Forschungstätigkeit gestärkt, bei
513 Grenzschießungen

513 Freizügigkeiten und Warenlieferungen koordiniert sowie ökonomische Notsituationen

514 abgedeckt. Auch die Kompetenzen des Europäischen Zentrums für die Prävention und
515 die

515 Kontrolle von Krankheiten (ECDC) wurden erweitert, um den Austausch mit und
516 zwischen den

516 Mitgliedstaaten zu stärken sowie Gesundheitskrisen früher zu erkennen und zu
517 bewältigen.

517 Um grenzüberschreitende Gesundheitskrisen besser zu bewältigen und die
518 Krisenvorsorge zu

518 stärken, wollen wir noch enger auf europäischer und globaler Ebene
519 zusammenarbeiten. Die EU

519 hat hier eine wichtige Rolle, um nationale Maßnahmen zu unterstützen und zu
520 ergänzen. Sie

520 kann auch global einen wichtigen Einfluss ausüben. Auf internationaler Ebene setzen
521 wir uns

521 dafür ein, die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und multilaterale
522 Gesundheitsinitiativen

522 politisch, finanziell und personell zu stärken, die Innovationskraft der europäischen

523 Gesundheitsforschung stärker zu fördern sowie den globalen Zugang zu bezahlbaren

524 Medikamenten und Gesundheitsdienstleistungen für alle Menschen zu verbessern.

525

526

527 Das ist eine Frage der Solidarität, denn Gesundheitskrisen treffen die Ärmsten häufig
528 am

528 stärksten. Es liegt aber auch in unserem Eigeninteresse, denn Pandemien sind globale

529 Herausforderungen. Wir setzen uns für einen aktiven Technologie- und Wissenstransfer

530 bezüglich der Herstellung entscheidender Arzneimittel ein. Monopole auf geistiges
531 Eigentum

531 zur Bekämpfung von Krankheiten dürfen den Zugang zu überlebenswichtigen
532 Schutzmaterialien,

532 Gesundheitstechnologien, Impfstoffen und Medikamenten nicht verhindern. Wo
freiwillige
533 Produktionspartnerschaften nicht ausreichen, unterstützen wir in Gesundheitskrisen
und
534 Pandemiesituationen Anträge auf Erteilung von verpflichtenden Lizenzen gegen
Entschädigungen
535 für diese Güter und bringen uns in diesen Kontexten bei der WTO für temporäre
Aussetzungen
536 von Patenten ein.
537
538 Unser Ziel ist, dass alle EU-Bürger*innen krankenversichert sind. Daher wollen wir eine

539 bessere Koordination sozialer Sicherungssysteme in Europa einschließlich direkter
540 Abrechnungsmöglichkeiten zwischen den Krankenversicherungsträgern.

541 Prävention stärken
542 Wir stellen Prävention und Gesundheitsförderung in den Mittelpunkt unserer
543 Gesundheitspolitik. Denn so können wir verhindern, dass Krankheiten überhaupt erst
544 entstehen. Gute Strukturen der Vorsorge, bessere Aufklärung über Krankheitsrisiken
und ein
545 gesunder Lebensstil sind wichtige Bausteine für mehr Lebensqualität und eine höhere
546 Lebenserwartung. So können wir auch Krankheiten, wie Adipositas, Diabetes mellitus
und Herz-
547 Kreislauf-Erkrankungen vorbeugen. Um es für die Verbraucher*innen leichter zu
machen, sich
548 gesund zu ernähren, wollen wir für verlässliche Informationen über Inhaltsstoffe in
549 Lebensmitteln sorgen. Wir wollen die Entstehung von tabak- und alkoholassozierten
550 Krankheiten bestmöglich verhindern. Dafür braucht es stärkere Bemühungen zur
Reduzierung
551 riskanter Formen des Alkoholkonsums und des Tabakgebrauches etwa durch eine
Reduzierung des
552 Nikotingehalts in Tabak- und Nikotinprodukten. Wir bekennen uns zu den Zielen des
553 Europäischen Plans zur Krebsbekämpfung. Demzufolge soll unter anderem der Anteil
der
554 Raucher*innen an der EU-Gesamtbevölkerung bis 2040 unter 5% fallen. Lücken, die
bei Werbung
555 z.B. auf sozialen Plattformen und insbesondere im Bereich des Sponsorings, noch
bestehen,
556 sind jetzt EU-weit zu schließen. Der Jugendschutz gebietet es auch, für Alkohol,
Glücksspiel
557 sowie Sportwetten Werbeeinschränkungen voranzutreiben.
558 Um künftigen Gesundheitskrisen besser begegnen zu können, wollen wir neben der
Erforschung
559 von Krankheitsursachen und neuen Behandlungsmethoden auch die präventive
560 Gesundheitsforschung stärken.

561 Die EU soll darauf hinwirken, die globale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der
Zulassung und
562 Überwachung von Arzneimitteln zu vertiefen.

563 Lehren aus der Pandemie ziehen

564 Auch wenn mit den Ausgangsbeschränkungen oder der Maskenpflicht die sichtbarsten
565 Zeichen der
566 Coronapandemie verschwunden sind, leiden noch immer viele Menschen unter den
567 Folgen einer
568 Covid-19-Infektion (Long-/Post-Covid) und etliche an den deutlich seltener
569 auftretenden
570 Folgen einer Covid-19-Impfung (Post-Vac). Deshalb wollen wir auf europäischer Ebene
571 die
572 Forschung zu Infektionskrankheiten, wie Covid-19 und deren Folgekrankheiten (z. B.
573 Herzmuskelentzündungen oder ME/CFS) intensivieren und Forschungsgelder dafür zur
574 Verfügung
575 stellen. Zudem braucht es dazu mehr europäischen Austausch, beispielsweise durch
576 ein EU-
577 Sachverständigennetzwerk. Prävention steht im Zentrum unseres Handelns.
578 Insbesondere für
579 Menschen mit Erkrankungen und für Schattenfamilien ist das ein wichtiger Baustein
580 zur
581 gleichberechtigten gesellschaftliche Teilhabe. Dazu gehört auch, dass gesunde Luft in
582 Innenräumen eine Selbstverständlichkeit wird.

583
584 Pandemien treffen nicht alle gleich. Einkommensarme Menschen und prekär
585 Beschäftigte sowie
586 Menschen in großen Einrichtungen sind deutlich häufiger von Covid-19 betroffen.
587 Diese
588 Gruppen müssen bei der nächsten Pandemie verstärkt in den Blick genommen
589 werden.

590 Covid-19 ist – neben beispielsweise Aids oder Ebola – ein weiterer Fall einer
591 sogenannten
592 Zoonose, also einer Krankheit, die von Tieren auf den Menschen übertragen wurde.
593 Damit
594 unterstreicht die Coronapandemie einmal mehr, dass die menschliche Gesundheit
595 nicht isoliert
596 betrachtet werden sollte, sondern in engem Zusammenhang mit der Umwelt und der
597 Tiergesundheit steht. Deshalb sind der Planetary-Health und der One-Health-Ansatz
598 Leitbilder
599 für unsere Gesundheitspolitik: Ausreichend Raum für Tiere und Natur sowie eine
600 Reduzierung
601 industriell gehaltener Tierbestände helfen im Kampf gegen Zoonosen; weniger
602 Antibiotika in
603 der Massentierhaltung führt zu weniger Antibiotikaresistenzen; saubere Luft und
604 weniger
605 Giftstoffe in der Umwelt retten Menschenleben.

606 Wir brauchen insbesondere ein wirksames europäisches Frühwarnsystem gegen
607 Pandemien, um
608 gefährliche Erreger frühzeitig erkennen zu können und Informationen darüber
609 transparent zur
610 Verfügung zu stellen. Gleichzeitig sind Pandemie-Szenarien regelmäßig zu üben, vor

allem

591 damit der rasche Aufbau einer Krisen- und Notfallorganisation gewährleistet ist.

592 **Mentale Gesundheit in den Fokus nehmen**

593 Krieg, Inflation, Klimakrise, Pandemie – die vergangenen Jahre waren unruhig,
konfliktreich

594 und geprägt von Krisen und Umbrüchen, die an niemandem spurlos vorbeigegangen
sind. Diese

595 Zeit ist für viele Menschen auch eine seelische Belastung. Gerade auch bei vielen
jungen

596 Menschen haben sich psychische Probleme verschärft. Wir setzen uns dafür ein, dass
die

597 seelische Gesundheit die nötige Aufmerksamkeit zuteil wird und Betroffene nicht
länger unter

598 der Stigmatisierung leiden müssen. Das wollen wir auch mit Unterstützung aus Europa

599 erreichen. Wir setzen uns sowohl für eine verbesserte europaweite Prävention ein als
auch

600 dafür, die bisherigen Ansätze um die psychische Gesundheit zu verbessern und
Erkrankungen

601 besser zu behandeln. Um die Patientensicherheit zu gewährleisten, braucht es
europaweit

602 vergleichbare gesetzliche Regelungen und geschützte Berufsbezeichnungen zum
Beispiel für

603 Künstlerische Therapien. Die Forschung zu kreativen Therapieansätzen unterstützen
wir.

604
605 Wir treten für eine Vernetzung von Expert*innen in Europa ein und wollen zusammen
mit den

606 Mitgliedstaaten umfassende Lösungsstrategien entwickeln, , auch um eine
gemeindenahе,

607 menschenrechtsbasierte Versorgung weiter zu stärken, die Versorgungssicherheit zu
erhöhen

608 und Zwangsmaßnahmen zu vermeiden. Da die Ursachen für mentale
Gesundheitsprobleme vielfältig

609 sind, müssen wir sie auch auf allen Ebenen angehen. Darum setzen wir uns dafür ein,
dass die

610 Auswirkungen auf die mentale Gesundheit übergreifend in allen relevanten
Politikfeldern

611 mitgedacht werden. Das gilt auch für die Auswirkungen von psychischen
Erkrankungen und

612 Neurodiversität. Dafür braucht es ein größeres Problembewusstsein in der EU und
ihren

613 Institutionen. Wir begrüßen in dieser Hinsicht die Strategie der EU-Kommission für
psychische Gesundheit und setzen uns für eine möglichst rasche und umfassende
Umsetzung ein.

615 Auch Einsamkeit erfahren immer mehr Menschen in Europa. Das ist für die Betroffenen
häufig

616 ein sehr belastender Zustand. Gerade auch ältere Menschen sind davon betroffen. Die

Pandemie

617 hat die Situation für viele Menschen diesbezüglich weiter verschärft. Wir setzen uns
mit
618 unserer Politik für mehr gesellschaftlichen Zusammenhalt, Inklusion, Teilhabe und
619 Integration ein.

620 **Arzneimittelversorgung sicherstellen**

621 Die Herausforderungen für die europäischen Gesundheitssysteme sind immens:
alternde
622 Gesellschaften, eine steigende Zahl chronischer Erkrankungen und Epidemien. Die
623 Coronapandemie hat zudem deutlich gemacht, dass die EU bei Arzneimitteln und ihren
624 Wirkstoffen zu stark von Herstellern mit unzuverlässigen Lieferketten abhängig ist –
und
625 damit häufig auch eine Produktion unter schlechten Arbeitsbedingungen und
schlechten
626 Umweltstandards in Kauf nimmt. Dabei leiden vulnerable Gruppen besonders unter
627 Arzneimittelknappheit.

628 Um die großen Herausforderungen für den Gesundheitsbereich zu adressieren, hat die
EU-
629 Kommission ein Gesetzespaket zur Reform des Pharmasektors vorgelegt. Wir begrüßen
die
630 Vorschläge, die darauf abzielen, Lieferketten zu diversifizieren und nachhaltiger zu
machen
631 sowie Pharmaunternehmen zu verpflichten, Arzneimittelengpässen besser
vorzubeugen und diese
632 früher zu melden. Auch Apotheken tragen zu einer verlässlichen
Arzneimittelversorgung bei.

633 Um Unternehmen zu ermutigen, neue Arzneimittel, Wirkstoffe und Medizinprodukte in
Europa zu
634 entwickeln und zu produzieren, braucht es Anreize und weniger bürokratische
Verfahren. Dabei
635 setzen wir zwei Prioritäten: Zum einen müssen kritische Arzneimittel, die jederzeit
636 unentbehrlich sind, beispielsweise wichtige Antibiotika, durch krisenfeste Lieferketten
637 zuverlässig verfügbar sein. Hierzu kann die teilweise Rückverlagerung von Produktion
nach
638 Europa einen Beitrag leisten. Zweitens müssen für bislang vernachlässigte
Krankheitsbilder
639 und angesichts der Entstehung von Therapie-Resistenzen neue Anreize für die
Entwicklung
640 medizinischer Innovationen geschaffen werden, das schließt insbesondere neue
641 Finanzierungsmodelle wie angepasste Vergütungsmodelle für Reserve-Antibiotika ein.
Die
642 Anreize für Forschung und Entwicklung sowie der Schutz von geistigem Eigentum
dürfen nicht
643 die Bezahlbarkeit von essenziellen Arzneimitteln gefährden und den Markteintritt von
644 Generika unverhältnismäßig verzögern. Zudem setzen wir uns für
geschlechtersensible
645 Forschung und Medizin ein, damit Wissenslücken über die geschlechtsspezifischen

Unterschiede

646 bei Diagnose und Behandlung geschlossen und berücksichtigt werden. Ebenfalls sollen
Studien
647 im Bereich der Kinder- und Jugendmedizin intensiviert werden, um sicherzustellen,
dass der
648 Zugang zu sicheren und wirksamen Arzneimitteln verbessert wird. Zugleich muss
insbesondere
649 bei Studien zu neuen Arzneimitteln und Behandlungsmethoden die Vielfalt der
Menschen stärker
650 berücksichtigt werden.

651 Es ist viel zu undurchsichtig, wie Preise für Arzneimittel festgesetzt werden. Der
Mangel an
652 Transparenz und Rechenschaftspflichten in diesem Bereich führt teilweise zu
immensen
653 Preisanstiegen. Gerade wenn öffentliche Mittel für die Arzneimittelentwicklung
eingesetzt
654 werden, muss das in der Regel mit Transparenz über die Kosten für Forschung und
Entwicklung
655 sowie die Preisgestaltung einhergehen. Außerdem sollten öffentlich unterstützte
656 Entwicklungsprojekte dafür Sorge tragen, dass resultierende Arzneimittel in Ländern
des
657 Globalen Südens ausreichend zugänglich gemacht werden.

658 **Gesundheitsdaten sicher nutzen**

659 Die Digitalisierung im Gesundheitswesen hat große Vorteile für die gesundheitliche
660 Versorgung von Patient*innen und die Forschung. Krankheiten können besser
diagnostiziert,
661 Krankheitsursachen erforscht, unnötige Untersuchungen vermieden und die
Behandlung von
662 Patient*innen zwischen verschiedenen Ärzt*innen und Krankenhäusern
grenzüberschreitend in
663 ganz Europa vereinfacht werden. Der europäische Gesundheitsdatenraum soll deshalb
europaweit
664 den Zugang zu digitalen Patient*innen-Akten ermöglichen.

665 Wir wollen dabei durch effektiven Datenschutz umfassende IT-Sicherheit und einen
666 persönlichen Zugang zu den Daten, die über sie gespeichert sind, die Rechte der
667 Patient*innen stärken. Das ist grundlegend für das Vertrauen der Menschen in die
668 Verarbeitung von Gesundheitsdaten. Dabei können eine grundsätzliche Transparenz
bei der
669 Datenverwaltung und technische Lösungen wie ein digitaler Einwilligungsassistent
670 unterstützen. Denn die Informationen zur eigenen Gesundheit gehören zu den
sensibelsten und
671 persönlichsten Daten überhaupt.
672 Um das Innovationspotential für eine bessere Gesundheitsversorgung zu heben und
gleichzeitig
673 keine Daten gegen den Willen der Patient*innen weiterzugeben, setzen wir bei
674 pseudonymisierten Gesundheitsdaten auf die Möglichkeit des Widerspruchs (Opt-Out)
und den
675 Fokus auf gute Datenqualität. Damit wollen wir die Datenverfügbarkeit für

676 gemeinwohldienliche Forschung erhöhen und öffentlichen Stellen in Notsituationen
677 bessere
678 Einschätzungsmöglichkeiten an die Hand geben. Dies stellt einen wichtigen
679 Paradigmenwechsel
680 in der Gesundheitsdatennutzung dar, den wir gestalten wollen. Der Zugang zu
681 größeren
682 Datenmengen und deren Analyse fördert Innovationspotenzial und kann damit die
683 Versorgung der
684 Patient*innen verbessern. Eine Rückverfolgbarkeit der Daten soll so weit wie möglich
685 ausgeschlossen und Verstöße dagegen strafrechtlich verfolgt werden. Umfassender
686 Schutz vor
687 Diskriminierung für alle und besonders die Bedürfnisse vulnerabler Gruppen müssen
688 umfassend
689 berücksichtigt werden.

684
685 Grundlegend für den Erfolg der Digitalisierung im Gesundheitswesen sind einheitliche
686 Datenformate und Schnittstellen, um eine Zusammenführung von Daten und eine
687 grenzüberschreitende Nutzung in Europa zu ermöglichen. Daher wollen wir die
688 Entwicklung und
689 verpflichtende Nutzung von international gebräuchlichen Datenstandards und
690 interoperablen
691 Schnittstellen durch die Softwaresysteme von Beginn an sicherstellen.

690 **Antibiotikaresistenzen eindämmen**

691 Antibiotika können Menschenleben retten Das soll auch in Zukunft gewährleistet sein.
692 Daher
693 müssen Maßnahmen ergriffen werden, um ihre Wirksamkeit dauerhaft zu garantieren.
694 Durch einen
695 verantwortungsvollen Umgang mit Antibiotika wollen wir die Entstehung und
696 Verbreitung
697 multiresistenter Keime verhindern. Denn diese sind eine der größten gesundheitlichen
698 Herausforderungen der Menschheit. Besonders bei Menschen mit schwachen
699 Immunsystemen wie
700 Älteren, Kindern oder Menschen mit Vorerkrankungen führen sie jedes Jahr zu
701 Hunderttausenden
702 Todesfällen weltweit. Darum ist es wichtig, dass Antibiotika und hochpotente
703 Desinfektionsmittel nur dort eingesetzt werden, wo es sie wirklich braucht bzw. wo sie
704 jeweils geeignet sind.
705 nur dort eingesetzt werden, wo es sie wirklich braucht. Wir wollen den umsichtigen
706 Einsatz
707 von Antibiotika in der Human- und Tiermedizin stärken und die Forschung fördern.
708 Zudem
709 sollten schnelle Diagnosetests, die vor einer Verschreibung überprüfen, ob die
710 Behandlung
711 mit Antibiotika geboten ist, in ausreichender Menge verfügbar sein.

704 Wir wollen die EU-Liste für Reserveantibiotika, die für die Humanmedizin vorbehalten
705 bleiben
706 und nicht in der industriellen Tierhaltung eingesetzt werden dürfen, an den
707 entsprechenden

706 Kriterien der WHO ausrichten. Außerdem wollen wir den Import von tierischen
707 Produkten
707 beenden, bei denen in der EU verbotene Antibiotika eingesetzt wurden. Durch
708 Maßnahmen für
708 bessere Hygiene und Abwasserentsorgung wollen wir den Eintrag von
709 Antibiotikarückständen in
709 die Umwelt verringern. Wir wollen die Entwicklung neuer Antibiotika und wirksamer
710 alternativer Behandlungsmethoden durch Anreize fördern.

711 **Eine gute Pflege sicherstellen**

712 Ein starkes öffentliches und diskriminierungsfreies Gesundheitswesen und eine
713 bedarfsgerechte Pflege und Assistenz für ältere, kranke und behinderte Menschen sind

714 unverzichtbar, um die menschliche Würde zu schützen und Selbstbestimmung zu
715 fördern. Der
715 Mangel an Pflegefachpersonen spitzt sich immer weiter zu, in der EU und auch hier in
716 Deutschland. Deshalb wollen wir die Attraktivität des Pflegeberufs steigern, die
716 berufliche
717 Freizügigkeit innerhalb der EU in diesem Bereich erleichtern und die
717 Arbeitsbedingungen des
718 Pflegepersonals verbessern. Unser Ziel sind einfachere Anerkennungsverfahren für
719 Studienabschlüsse sowie für Aus- und Weiterbildungen von Pflegefachpersonen
719 innerhalb der EU
720 und aus dem Ausland. Im Rahmen der EU-Pflegestrategie setzen wir uns für
720 wettbewerbsfähige
721 Arbeitsbedingungen und Gehälter der professionellen Pflege gegenüber anderen
721 Branchen ein.
722 Wertschätzung braucht auch Löhne, die sie bezeugen – am besten über gute
722 Tarifverträge.
723 Zudem braucht es mehr Investitionen in Pflegeeinrichtungen, insbesondere in Wohn-
723 und
724 Pflegeformen, die ein selbstbestimmtes Leben im Quartier und Lebensumfeld
724 ermöglichen,
725 Pflegeangebote sowie in die Aus- und Weiterbildung von Pflegefachpersonen. Diese
725 müssen
726 attraktiver ausgestaltet und durchlässiger in der beruflichen Weiterentwicklung
726 werden.
727 Auch ein stärkeres Engagement der EU in Forschungs- und Modellprojekten sowie ein
727 Wissens-
728 und Erfahrungstransfer zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Gesundheits- und
728 Pflegeeinrichtungen der Mitgliedstaaten wollen wir fördern.

730 Um die Situation der Pflegekräfte in der häuslichen Betreuung zu verbessern, fordern
730 wir
731 eine Überarbeitung der Rechtsvorschriften für Sicherheit und Gesundheitsschutz bei
731 der
732 Arbeit, um sicherzustellen, dass auch angestellte Pflegekräfte in privaten Haushalten
732 einbezogen werden und gute Arbeitsbedingungen haben.
733 Die Bewältigung des demografischen Wandels ist eine große gesamteuropäische
734 Aufgabe. Es wird
734 in den nächsten Jahrzehnten eine weitere Zunahme an pflegebedürftige und an
735

Demenz erkrankte
736 Menschen geben. Unser Ziel ist es, diesen Menschen ein menschenwürdiges,
selbstbestimmtes
737 und aktives Leben zu ermöglichen.

738 Um mehr Innovationen im Bereich Pflege und Teilhabe voranzutreiben, wollen wir den
739 europäischen Austausch über neue Ansätze stärken, beispielsweise zu inklusiven
Wohn- und
740 Pflegeformen, quartiersorientierter Unterstützung und persönlicher Assistenz. Auch
pflegende
741 Angehörige und Nahestehende wollen wir besser unterstützen und entlasten. Deshalb
setzen wir
742 uns auf europäischer Ebene dafür ein, dass pflegende Angehörige, in der Mehrzahl
sind es
743 Frauen, gut sozial abgesichert sind und nicht aufgrund von Pflegaufgaben in die
Altersarmut
744 geraten. Ihre in der Pflege erworbenen Fähigkeiten sollen anerkannt werden und der
Zugang zu
745 Weiterbildungsangeboten gefördert werden. Die Vorgaben aus der UN-
746 Behindertenrechtskonvention wollen wir auch in der Pflege umsetzen

747 **Cannabis europaweit legalisieren**

748 Wir setzen uns auch in Europa für eine zeitgemäße Drogenpolitik ein, die Gesundheit
und
749 Jugendschutz in den Vordergrund stellt und die kriminellen Strukturen hinter dem
750 Drogenhandel effektiv bekämpft. Auch in Europa brachte der rein repressive Umgang
mit Drogen
751 mehr Leid als Segen, tausende Drogentote und eine wichtige Einnahmequelle für die
752 organisierte Kriminalität. Es braucht eine an der Wissenschaft und risikobasierten
753 Betrachtung ausgerichtete Drogenpolitik. An verschiedenen Orten der Welt ist der
Wechsel hin
754 zu einem risikobasierten Umgang mit Cannabis bereits gelungen. Mit der Regulierung
von
755 Cannabis setzen wir auf Vernunft statt Kriminalisierung. Wir streben eine europaweite
756 Legalisierung und kontrollierte Abgabe von Cannabis an.

757 Das europäische und internationale Recht setzt aktuell den Mitgliedstaaten im
Umgang mit
758 Cannabis enge Grenzen. Wir wollen es erweitern, so dass jedes Land selbst
entscheiden kann.

759 Gleichzeitig stärken wir Prävention und Jugendschutz.

760 Die Zunahme problematischen Drogenkonsums, neuer und synthetischer Substanzen
und die Folgen
761 sozialer Verelendung im öffentlichen Raum stellen eine große Herausforderung dar. Sie
bergen
762 Gefahren für Konsument*innen, stellen Behörden vor besondere Herausforderungen
und erfordern
763 soziale Maßnahmen.

764 Wir müssen wirksamer gegen unsichtbare und sichtbare Abhängigkeitsproblematiken
vorgehen.

765 Daher intensivieren wir, im Sinne des Gesundheitsschutzes, länderübergreifendes

766 Zusammenarbeiten. Darüber hinaus wollen wir die gesundheitliche Versorgung von
767 Abhängigen
767 verbessern, eine Abkehr der Repression im Umgang mit Konsument*innen, die
768 Stärkung sozialer
768 Hilfestrukturen und besseren Zugang zu Therapieplätzen ermöglichen. Auch die
768 Forschung zum
769 Umgang mit psychoaktiven Substanzen, insbesondere zum medizinischen Nutzen,
769 wollen wir in
770 europäischen Forschungsverbänden weiter vorantreiben.

771 **4. Bildung und Chancen**

772 **Europas Hochschulen besser vernetzen**

773 Der Europäische Hochschulraum trägt dazu bei, die Hochschulausbildung in Europa
774 vergleichbarer und international wettbewerbsfähiger zu machen und ist für die
774 Förderung von
775 akademischer Mobilität von unschätzbarem Wert. Europas Hochschulen sind ein
775 wichtiger
776 Bestandteil des Bildungssystems , ein Ort der Gestaltung der Zukunft, der kritischen
777 Selbstreflexion der Gesellschaft und der sozialen sowie technologischen Innovationen.
777 Wenn
778 wir sie vernetzen, können wir ihre vielfältigen Kompetenzen und Profile noch besser für
778 den
779 ganzen Kontinent nutzen. Wir haben uns deshalb lange für die Gründung und Stärkung
779 von
780 europäischen Hochschulnetzwerken eingesetzt.
781
782 Wir fördern Anwendungen von Künstlicher Intelligenz und Learning Analytics im
782 Bereich Lehre
783 und Bildung und wollen diese so gestalten, dass Lehrende, Studierende und
783 Schüler*innen
784 selbstbestimmt und souverän diese neuen Möglichkeiten anwenden können ohne
784 beispielsweise in
785 digitalen Prüfungen automatisiert überwacht zu werden. Der Zugang zu diesen neuen
786 Anwendungen muss sozial gerecht und diskriminierungsfrei gestaltet werden.
787 Im Sinne der Idee eines europäischen Hochschulabschlusses (European Degree)
787 unterstützen wir
788 die Weiterentwicklung des „European Approach“ im Rahmen des Bologna-Prozesses,
788 um die
789 Anerkennung gemeinsamer Studiengänge („Joint Programmes“) und gemeinsamer
789 Studienabschlüsse
790 („Joint Degrees“) zu erleichtern und Anreize für die Internationalisierung von
790 Studiengängen
791 zu schaffen.
792 Egal in welchem Land: Studierende haben selten viel Geld zur Verfügung. Besuche in
792 Museen,
793 Theatern, aber auch beispielsweise Ausflüge in andere Städte eröffnen neue
793 Horizonte. Viele

794 dieser Einrichtungen bieten Rabatte für Studierende an. Aber gerade für Studierende
aus
795 anderen Ländern ist es oft schwierig, diese Vergünstigungen mit ihren heimischen
796 Studierendenausweisen zu erhalten. Die EU hat mit der European Student Card (ESC)
und dem
797 digitalen Studierendenausweis in der Erasmus+-App bereits erste Schritte für einen
798 europäischen Studierendenausweis unternommen, aber nur für einen sehr begrenzten
799 Personenkreis. Wir wollen, dass alle Studierenden an europäischen Universitäten und
800 Hochschulen einen (digitalen) europäischen Studierendenausweis bekommen können.

801 **Berufsabschlüsse europaweit anerkennen**

802 Die Möglichkeit, in jedem europäischen Land zu studieren oder zu arbeiten, eröffnet
viele
803 neue Perspektiven. Wenn es aber konkret wird, wird es oft schwierig: Zwar haben wir
mit
804 Bachelor und Master im Bologna-Prozess ein vergleichbares Abschlusssystem in der EU
geschaffen. Aber es ist kein Automatismus, dass zum Beispiel der Bachelor aus einem
Land in
805 einem anderen Land für ein Masterstudium anerkannt wird. Studierende und
Absolvent*innen,
806 auch in der beruflichen Weiterbildung, müssen in dem jeweiligen Land eine oftmals
noch sehr
807 bürokratische Prozedur durchlaufen. Teils wird dann der heimische Abschluss
geringwertiger
808 eingestuft, teils ist die Anerkennung sehr kostspielig. Darum setzen wir uns dafür ein,
dass
809 berufliche Ausbildungsabschlüsse und Bildungsabschlüsse im Rahmen des
Europäischen
810 Qualifizierungsrahmens einfacher und schneller in jedem Land der EU gelten, statt
mühsam
811 anerkannt werden zu müssen.
812
813 Noch schwieriger wird es bei Berufsabschlüssen. Hier ist die Anerkennung oft
kompliziert,
814 langwierig und teuer. In Zeiten des Fachkräftemangels ist das besonders
kontraproduktiv. Für
815 eine Handvoll Berufe können Menschen deshalb den Europäischen Berufsausweis
(EBA) in ihrem
816 Heimatland beantragen. Mit diesem elektronischen Verfahren ist es leichter, sich die
817 Qualifikation in einem reglementierten Beruf in einem anderen EU-Land anerkennen
lassen zu
818 können. Wir wollen die Anzahl der Berufe, für die der EBA möglich ist, deutlich
erweitern.
819 Wir wollen die Position der Bewerbenden verbessern indem europaweit vergleichbare
820 Anerkennungsverfahren eingeführt und umfassender Orientierung und Unterstützung
durch
821 mehrsprachige Beratungs- und Informationsangebote angeboten werden.

822 **Politische Bildung gegen Desinformation**

823 Unsere Demokratien und unsere Werte sind stetigen Angriffen autoritärer und
824 demokratiefeindlicher Strömungen aus dem In- und Ausland ausgesetzt. Ihre Mittel:
825 Desinformationen, Fake News und Manipulation ihrer Verteilmechanismen, sowie
vorsätzliches
826 Stören und Überfluten digitaler Debattenräume. Sie operieren immer mehr
grenzüberschreitend
827 und versuchen, den Zusammenhalt in der EU und unsere europäischen Werte zu
unterminieren.
828 Ihre Verschwörungsmymen säen Hass und Ausgrenzung. Dem müssen wir stärker und
europäisch
829 koordiniert entgegenwirken. Wir wollen daher eine Europäische Zentrale für politische
830 Bildung gründen, einen Anlaufpunkt für politische Bildung, der gezielt die europäische
831 Dimension von Desinformation adressiert. Sie soll sich vor allem an Jugendliche und
junge
832 Erwachsene wenden, zugleich aber allen Bürger*innen als Informationsquelle zur
Verfügung
833 stehen und breite Angebote im digitalen Raum schaffen. Diese Europäische Zentrale
für
834 politische Bildung soll auch den Menschen in den EU-Beitrittskandidatenländern offen
stehen.
835 Sie kann den europäischen Gedanken und komplexe europäische Prozesse
zielgruppengerecht
836 erklären. Diese Zentrale soll zudem die digitale Medienkompetenz der Menschen in
Zeiten von
837 Desinformation und Fake News stärken. Dazu kann sie in der Forschung und
Aufklärung auch
838 eine Vernetzung der europäischen Akteure vorantreiben. Sie soll unabhängig und nach
klaren
839 wissenschaftlichen und ethischen Kriterien arbeiten können. So fördern wir unsere
840 demokratischen Werte und stärken den Einsatz gegen Diskriminierung.

841 **Mit Erasmus Europa kennenlernen**

842 Erasmus+ ist für viele die erste und oft auch persönlichste Begegnung mit der EU.
Über
843 Erasmus+ wird gelebte europäische Gemeinschaft gefördert und der akademische und
berufliche
844 Austausch ermöglicht.
845 Im Zentrum des Programms steht der Studierendenaustausch: Wir wollen, dass mehr
Menschen
846 diese Erfahrungen machen können, vor allem aus Familien, denen das Geld für Urlaub
oder
847 Austauschzeit im Ausland fehlt. Das bedeutet, dass wir die finanzielle Förderung für
848 Auslandsaufenthalte stärken müssen. Wir setzen uns deshalb für einen Ausbau der
849 Erasmusmittel ein. Für viele ist es ein großer Schritt, von zuhause ins Ausland zu
gehen,
850 und die Aussicht, sich in dieser Zeit keinen Besuch bei der Familie leisten zu können,
eine

851 Hemmschwelle. Deshalb wollen wir ein Mobilitätsticket für Erasmus-Teilnehmer*innen
852 einführen, das es ihnen zum Beispiel ermöglicht, einmal pro Halbjahr kostenlos zum
Wohnort
853 und zurück zu fahren.
854
855 Um Auslandssemester leichter in den Ausbildungsplan zu integrieren, streben wir eine
856 Harmonisierung der Semesterzeiten an.
857 Wir wollen, dass sich auch Menschen mit Behinderung für eine wertvolle Erasmus+-
Erfahrung
858 entscheiden können. Deshalb wollen wir die Beratungsangebote (z.B. Informationen zu
859 nationalen Anlaufstellen für Assistenz) vor und während der Projektdurchführung
ausbauen
860 sowie Informationen barrierefrei zur Verfügung stellen und eine Abdeckung der
Mehrkosten
861 sicherstellen.
862 Wir wollen, dass sich auch Menschen mit Behinderung für eine wertvolle Erasmus+-
Erfahrung
863 entscheiden können. Deshalb wollen wir die Beratungsangebote ausbauen sowie
Informationen
864 barrierefrei zur Verfügung stellen.
865
866 Wir wollen mit dem Vereinigten Königreich Wege finden, wie Menschen auf beiden
Seiten nach
867 dem Brexit wieder vom Austausch profitieren können.
868 Für viele Studierende ist Erasmus+ ein Begriff. Bei Auszubildenden aber ist das
Programm
869 noch nicht ausreichend bekannt. Das wollen wir ändern. Denn es bietet viele
Möglichkeiten,
870 neue fachliche Kompetenzen zu lernen und neue Erfahrungen zu sammeln. Mit
besseren
871 Informationen, mehr Beratung sowie einfacheren Anträgen und Anerkennungen wollen
wir
872 Erasmus+ für Auszubildende stärken.
873
874 Wir wollen durch Unterstützungsangebote für kleine Handwerksbetriebe möglichst
vielen
875 Auszubildenden die Teilnahme am Erasmus+ Programm ermöglichen.
876 Erasmus+ ist eine der europäischen Erfolgsgeschichten, auch für die Jugendarbeit. Mit
Blick
877 auf die Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen ab 2028 werden wir uns dafür
einsetzen,
878 die Mittel für Erasmus+ zu verdoppeln.

879 **5. Europas Jugend**

880 **Jugend beteiligen**

881 Europa lebt durch Gemeinschaft, Begegnungen, Toleranz und Verständnis füreinander.
Um dies
882 zu ermöglichen, spielt europäische und internationale Jugendarbeit eine
außerordentliche
883 Rolle. Sie ermöglicht es jungen Menschen, über den Tellerrand hinauszuschauen und
europaweit
884 Freundschaften zu schließen. Jugendverbände und Jugendgruppen sind Grundlage für die
Gestaltung von Freizeit und Bildung von Millionen Jugendlichen in Europa. In unserer
885 Zivilgesellschaft muss sichergestellt werden, dass ehrenamtliches Engagement von
886 Jugendlichen wertgeschätzt wird und Jugendarbeit nicht an bürokratischen Hürden
scheitert.
887 Wir sprechen uns daher für eine Stärkung und Vereinfachung der Projektförderung
über
888 Erasmus+ aus. Insbesondere für junge Menschen in unseren östlichen
Nachbarländern, wie Polen
889 oder Tschechien wollen wir Europa erlebbarer und erfahrbarer machen. Wir wollen die
europäische Jugendarbeit stärken und dabei Osteuropa in den Fokus nehmen.
890 Viele reden über Jugendliche und ihre Bedürfnisse. Wir wollen, dass sie selbst zu Wort
891 kommen und ein Mitspracherecht für das Europa haben, in dem sie leben. Sie sind
derzeit im
892 politischen Geschehen massiv unterrepräsentiert. Darum ist es gut, dass jetzt in
Deutschland
893 Jugendliche ab 16 Jahren erstmals bei der Europawahl wählen können. Wir setzen uns
dafür
894 ein, dass dies in allen Mitgliedstaaten und in Deutschland auf allen Ebenen Wirklichkeit
895 wird.
896 Auch über das Wahlrecht hinaus wollen wir die Jugendbeteiligung in Europa strukturell
weiter
897 stärken. Über den EU-Jugenddialog hat die Europäische Union einen direkten Kanal für die
Beteiligung junger Menschen und Jugendverbände auf europäischer Ebene geschaffen,
898 dieser
soll weiter gestärkt und bei anderen Beteiligungsformaten integriert werden. Die
899 Ergebnisse
dieser Beratungen sollen zukünftig noch stärker in die Arbeit der EU-Kommission
900 einfließen
und junge Menschen und ihre Interessenvertreter*innen künftig regelmäßig im
901 Europäischen
Parlament angehört werden. Wir unterstützen zudem den EU Youth Check, mit dem die
902 Auswirkungen von EU-Entscheidungen auf junge Menschen überprüft werden sollen. In
der EU-
903 Jugendstrategie werden die Leitlinien für europäische Jugendpolitik gezogen. Wir
wollen

907 sicherstellen, dass eine Weiterentwicklung der EU-Jugendstrategie die Interessen
908 junger Menschen in allen Politikbereichen stärkt. Dafür müssen bestehende
909 Beteiligungsformate für junge Menschen sinnvoll miteinander verknüpft, strukturell abgesichert und ihre
910 Anbindung an nationale Beteiligungsstrukturen sichergestellt werden.
911 Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass die Stelle der EU-Jugendkoordinatorin
912 aufgewertet wird.

913 **Freiwilligendienste ausbauen**

914 Eine Gemeinschaft ist so stark wie das Engagement ihrer Mitglieder. Der
915 Zivilgesellschaft kommt hierbei eine besondere Rolle zu. Gerade das Engagement von jungen
916 Europäer*innen ist elementar – zum Beispiel für die Flüchtlingshilfe oder, Projekte der
917 Demokratieförderung, Klimaschutz oder soziale Gerechtigkeit.

918 Darum wollen wir eine Million Plätze im Europäischen Freiwilligendienst schaffen,
919 gerade auch für Jugendliche aus Elternhäusern mit niedrigem Einkommen. Für sie müssen wir
920 für bessere Rahmenbedingungen wie eine wie eine angemessene Aufwandsentschädigung sorgen, damit
921 Engagement etwas ist, das sich jede und jeder leisten kann. Für die Durchführung von
922 Freiwilligendiensten braucht es aber auch Vereine, Verbände und Organisationen, die sie
923 anbieten. Diese wollen wir stärken, denn sie schaffen Orte der Demokratie und des
924 zivilgesellschaftlichen Engagements.

925
926 Mit einem Freiwilligen Ökologischen Jahr (FEÖJ bzw. EYE - European Year for Ecology)
927 ermöglichen wir jungen Menschen ab 18 Jahren den interkulturellen europäischen
928 Austausch im Bereich des Naturschutzes und schaffen so die Möglichkeit sich für Europas Natur
929 einzusetzen. Durch das FEÖJ wollen wir junge Menschen motivieren sich für Jobs im
930 Klima- und Umweltbereich fit zu machen und zu qualifizieren.

931 Diese Idee wollen wir nicht nur für Jugendliche anbieten. Wir wollen auch die
932 Erfahrungen, das Wissen und das Engagement von Senior*innen in ganz Europa fruchtbar machen:
933 Viele von ihnen haben Kenntnisse, die sie auch im Rentenalter noch einsetzen wollen. Mit einem
934 europäischen Programm wollen wir den Rahmen bereitstellen, mit dem Senior*innen
935 überall in der EU an Projekten in Ausbildung, Vermittlung oder Zivilgesellschaft mitarbeiten
können.

936 **Europa entdecken**

937 Mit dem DiscoverEU-Programm können 18-Jährige die EU praktisch erleben. Zweimal
im Jahr
938 werden unter jungen Menschen sogenannte TravelPasses verlost, mit denen sie dann
in einem
939 bestimmten Zeitraum 30 Tage lang mit dem Zug durch Europa reisen können.
Gemeinsam mit
940 anderen jungen Menschen aus unterschiedlichen Ländern können sie entdecken, wie
vielfältig
941 Europa ist. Daher unterstützen wir das DiscoverEU-Programm und wollen es zukünftig
noch
942 ausbauen. Unser Ziel ist es, aus vielen parallelen Reisen mehr gemeinsame Erlebnisse
zu
943 schaffen. Wir wollen das Programm bekannter machen, besonders unter jungen
Menschen aus
944 weniger wohlhabenden Elternhäusern. Außerdem wollen wir Anreize dafür setzen, dass
Gruppen
945 aus mehreren europäischen Ländern zusammen verreisen.

946 **6. Für ein altersgerechtes Europa**

947 Das Durchschnittsalter der Menschen in Europa ist das höchste aller Weltregionen,
Tendenz
948 steigend. Wir wollen, dass der demografische Wandel als Herausforderung und als
Chance für
949 uns alle betrachtet wird. Das Wissen, die Lebenserfahrung und die Aktivität der älteren
950 Bürger*innen Europas können ein wichtiger Faktor für den Zusammenhalt der
Gesellschaft sein.
951 Das beweisen tausende ehrenamtlich engagierte Alte jeden Tag.
952 Ältere Menschen werden in vielen Lebenszusammenhängen diskriminiert oder
ausgegrenzt, dies
953 ist aber oft nicht sofort als solches erkennbar. Deshalb wollen wir ältere Menschen in
ganz
954 Europa besser vor Diskriminierung am Arbeitsplatz und im Alltag schützen und
955 Chancengleichheit herstellen. Barrierefreiheit in der Arbeitswelt und im öffentlichen
Raum
956 sind von Bedeutung.
957 Wir wollen erreichen, dass möglichst viele Kommunen und Regionen in Europa dem
globalen
958 Netzwerk altersfreundlicher Städte und Gemeinden „Age friendly cities and
communities“ der
959 Weltgesundheitsorganisation WHO beitreten. Altersfreundliche Städte und Gemeinden
sind
960 gleichzeitig kinder-, familien- und behindertengerecht.
961 Ziel des Netzwerks ist unter anderem Menschen zu ermöglichen in ihrem
Lebensumfeld gesund,
962 sicher und unabhängig zu altern. Auch Alten im hohen Alter und bei zunehmenden,
963 altersbedingten Einschränkungen sollen in den eigenen vier Wänden bleiben können.

964 Dazu gehören barrierefreie öffentliche Verkehrsnetze und Wohnungsbau sowie
965 Hitzeschutzmaßnahmen für Ältere. Zudem setzen wir uns für mehr öffentliche Orte
und
966 Gelegenheiten ein, die so gestaltet sind, dass sich die Generationen im Alltag
begegnen,
967 interagieren und voneinander lernen können.

968
969 Um die Situation älterer Menschen international zu verbessern, werden wir uns für
eine UN -
970 Konvention für die Rechte Älterer Menschen einsetzen.

971 Jeder Mensch in Europa soll die Möglichkeit bekommen, jede andere europäische
Sprache
972 kostenlos und diskriminierungsfrei zu erlernen. Dafür wollen wir uns für die Schaffung
einer
973 „Europäischen Sprach-Lern-App“ einsetzen, mit der jede andere europäische Sprache
erlernt
974 werden kann. So stärken wir die europäische Identität.

975 **7. Verbraucherschutz**

976 **Verbraucherschutz als Standortvorteil begreifen**

977 Der Rechtsschutz der Verbraucher*innen macht die EU zu einer Union der starken
Bürger*innen.
978 Die Freiheiten für Waren, Kapital, Dienstleistungen und Personen im europäischen
Binnenmarkt
979 gehören zu den größten Standortvorteilen der EU. Der Verbraucherschutz sichert
Konsum,
980 Gesundheit und Freiheiten weitreichend ab und macht die EU damit weltweit zur
Vorreiterin:
981 Gebührenfreies Roaming, ein nutzer*innenfreundlicher Strommarkt, moderne
Infrastruktur oder
982 sichere und langlebige Konsumgüter sind nur einige wenige Beispiele.
983 Und es funktioniert: So verspricht etwa ein einheitliches Ladekabel für mobile
Endgeräte,
984 den Kabelsalat in unzähligen Schubladen zu beenden. Der verbindliche europäische
Standard
985 stärkt die europäische Kreislaufwirtschaft, verringert Elektroabfall und erleichtert
986 merklich das Leben der Verbraucher*innen. Wir wollen dabei das ganze Spektrum
digitaler
987 Endgeräte wie Smartwatches, E-Reader oder Kopfhörer abdecken und auch kabellose
988 Ladetechnologien mit einschließen.
989 Das verbindliche Ökodesign, also die Produktion nach Kriterien der Haltbarkeit,
990 Reparierbarkeit und ökologischen Verträglichkeit, beschert den Verbraucher*innen
bessere
991 Produkte. Wir setzen uns für eine schnelle Umsetzung der Richtlinien ein, sodass
relevante
992 Produktgruppen wie Spielzeug, Möbel oder Kleidung zeitnah umfasst werden.

993 Geht ein Produkt doch mal kaputt, verspricht das europäische Recht auf Reparatur
994 Konsument*innen den langfristigen Zugang zu Ersatzteilen und Reparaturanleitungen.
Ein
995 kaputter Smartphoneakku, Drucker oder Staubsauger müssen noch lange keine
Neuanschaffung
996 bedeuten. Die Lebensdauer von teuren oder lieb gewonnenen Anschaffungen
verlängert sich mit
997 dem Recht auf Reparatur erheblich. So werden langlebige und reparierbare Produkte
die
998 Geldbeutel der Bürger*innen entlasten. Updatezyklen sowie auslaufende Update-
Zeiträume
999 müssen auf nachvollziehbaren und rationalen Kriterien beruhen. Es ist nicht im Sinne
der
1000 Verbraucher*innen, wenn sie durch kurze Updatezeiträume gezwungen werden, neue
Geräte zu
1001 kaufen. Dieser „geplanten Obsoleszenz“ im Hard- und Softwarebereich wollen wir
einen Riegel
1002 vorschieben.

1003 Produkte des Alltags sicher nutzen zu können, wird mit der EU zur
Selbstverständlichkeit.
1004 Von Essen über Kleidung bis hin zu Kosmetika, Spielzeug und einfachen
Gebrauchsgegenständen
1005 geht Sicherheit vor. Schadstoffe, Nanopartikel und Rückstände gesundheitsschädlicher
Halb-
1006 oder Schwermetalle kommen in vielen dieser Verbrauchs- und Konsumgüter vor. Um
Sicherheit
1007 und Transparenz zu gewährleisten, weiten wir die Risikoforschung aus und schaffen ein
1008 Register für Nanopartikel.

1009 Auch das Design des europäischen Strommarkts wollen wir im Sinne der
Verbraucher*innen
1010 gestalten, damit die Preisvorteile der erneuerbaren Energien in der Breite ankommen.
Mit
1011 transparenten und möglichst geringen Infrastrukturkosten sowie der Entkopplung des
1012 Verbrauchspreises von erneuerbarem Strom von den steigenden Kosten des
Emissionshandels,
1013 sowie intelligentem Lastmanagement bleibt der Vorteil der günstigen Stromerzeugung
bei
1014 ihnen.

1015 Wir schützen die Stromverbraucher*innen vor hohen Kosten, indem wir die Förderung
von
1016 erneuerbaren Energien durch eine Deckelung der Erlöse ergänzen. Wir stärken
außerdem die
1017 Teilhabe von Verbraucher*innen durch die Ermöglichung zeitflexibler Stromtarife und
1018 vereinfachtes Prosuming. Dadurch gelingt die einfache Integration von beispielsweise
1019 Wärmepumpen oder Wallboxen für Elektroautos in den Strommarkt.

1020
1021 Ein besonderes Augenmerk legen wir auf den Schutz von Konsument*innen im Bereich
1022 medizinischer Produkte und Hilfsmittel. Häufig wird die Notlage besonders verletzlicher

1023 Verbraucher*innen ausgenutzt. Wir wollen vor allem ältere Menschen, pflegende
1024 Angehörige und
1024 Menschen mit Behinderungen vor ungeeigneten oder überteuerten Produkten
schützen und ihnen
1025 den Zugang zu individuell passenden Hilfsmitteln ermöglichen.

1026 Zur Bekämpfung der Suchtmechanismen von Wetten, Glückspiel und Games im
Internet, die Nutzer
1027 zu immer mehr Geldeinsatz verführen wollen, werden wir Mechaniken mit
Suchtpotential
1028 einfacher erkennbar machen und bei der Alterseinstufung europaweit einheitlich
stärker
1029 berücksichtigen.

1030 **Fahrgastrechte garantieren**

1031 Die Reisefreiheit in der EU soll für alle Bürger*innen komfortabel und sicher nutzbar
sein.
1032 Fahrgäste sollen bei ihren Reisen durch Europa in ihren Rechten geschützt werden –
ganz
1033 egal, ob mit Bus, Bahn oder Flugzeug. Auch deshalb wollen wir mit einem
1034 anbieterübergreifenden Ticketing-System Buchungsplattformen in die Lage versetzen,
1035 grenzübergreifend durchgängige Fahrkarten anzubieten, die das Reisen mit dem Zug
1036 attraktiver machen und den Planungsaufwand erheblich senken. Den Bedürfnissen von
Menschen
1037 mit Behinderung soll im Reiseverkehr besondere Bedeutung beigemessen werden.
1038
1039 Wir setzen uns für einen durchgehenden Schutz der Fahrgastrechte ein. Die
Entschädigung für
1040 Bahnverspätungen sollte auf 50 Prozent des Fahrpreises nach 60 Minuten und 75
Prozent nach
1041 90 Minuten angehoben werden, wie es das Europäische Parlament fordert. Im Sinne
des Rechts
1042 auf barrierefreie Mobilität setzen wir uns für Kostenübernahme für alternative
1043 Transportmöglichkeiten ein, wenn die zugesagte Barrierefreiheit nicht eingehalten
wurde.
1044 Darüber hinaus sollen die Rechte von Unionsbürger*innen, insbesondere von
Grenzgänger*innen,
1045 auch bei regional unterschiedlichen Unternehmen gelten. Wir setzen uns für
einheitliche
1046 Mindeststandards im Nah- und Regionalverkehr ein. Diese sollen auch für ermäßigte
Tickets
1047 und unterbrochene Reiseketten gelten.
1048 Auch wer sich für eine Flugreise entscheidet, soll sicher und pünktlich am Ziel
ankommen.
1049 Die Novellierung der Fluggastrechte soll die bestehenden Lücken im
Verbraucherschutz bei
1050 Flugreisen schließen und die Rechte weiter ausbauen. Wir stärken den Anspruch der
1051 Verbraucher*innen auf Entschädigungen bei Verspätungen oder Verschiebungen von

Flugreisen.

1052 Ansprüche der Reisenden sollen bei einer großen Verspätung ab drei Stunden in die
Verordnung
1053 aufgenommen werden. Bei einer Verschiebung von Flügen soll die Frist zur Information
der
1054 Reisenden auf vier Wochen vor Reisebeginn verlängert werden. Hinweise auf den
Anspruch auf
1055 Entschädigung sollen durchgängig prominent platziert werden. So stärken wir den
Anspruch der
1056 Verbraucher*innen auf Entschädigungen.

1057 Besonders für Reisende, die nur gelegentlich fliegen, und Familien sind die Regelungen
zur
1058 Mitnahme von Gepäck häufig intransparent und kompliziert. Wir setzen uns für eine
1059 einheitliche Regelung für die Maße von Handgepäck und eine transparente
Preisgestaltung für
1060 alle Gepäckvarianten ein.

1061 Ausfälle dürfen nicht zulasten der Reisenden gehen. Deswegen wollen wir, dass alle
1062 Fluggesellschaften sich gegen Insolvenz versichern müssen.

1063 **Vor Kostenfallen schützen**

1064 Verträge online abzuschließen, ist für viele Menschen längst Alltag und eine erhebliche
1065 Erleichterung. Genauso unkompliziert wie der Abschluss sollte die Kündigung sein.
1066 Verbraucher*innen finden oft keine Möglichkeit, online abgeschlossene Verträge zu
kündigen,
1067 oder haben keine Sicherheit über den Eingang und die Rechtssicherheit der
Kündigung. Die
1068 Bindung an ungewollte oder nicht mehr benötigte Verträge wird so schnell zur
Kostenfalle.
1069 Bei langfristigen Verträgen, die online abgeschlossen werden können, wollen wir einen
leicht
1070 zugänglichen Kündigungsbutton auf der Webseite der Unternehmen einführen. Wir
sorgen so für
1071 ein europaweit hohes Verbraucherschutzniveau nach deutschem Vorbild. Damit wird
die
1072 europaweite Nutzung von Dienstleistungen vereinfacht und sicherer gemacht. Die
Beweislast
1073 für die ordnungsgemäße Umsetzung soll dabei bei den Unternehmen liegen. Ist diese
nicht
1074 rechtssicher ausgestaltet, geht das nicht zulasten der Verbraucher*innen: Verträge
sollen
1075 dann jederzeit, ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist, aufgehoben werden können.
Wir setzen
1076 uns für die Ergänzung der entsprechenden Verbraucherrichtlinie ein und geben
Kund*innen so
1077 die Kontrolle über ihre Verträge zurück.